

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 27. August 1926

Nummer 33

INHALTSVERZEICHNIS

Sturm laufen der privaten Arbeitgeberverbände gegen die Allgemeinverbindlichkeits-
erklärung unseres NKK für die Gemeindearbeiter R. B.
Nationalisierung als Bewegung Friedr. Dill
Gleichberechtigung in der Wirtschaft E. Meißner
Ergebnisse der Volkszählung 1925. I. Dr. F. Burgdörfer
Wirtschaftspolitische Theorien. II. F. Krause
Betriebs- und Genossenschaften H.
Briefe von der Gesel. V. Gd.
Bildungsarbeit • Für die Frauen • Arbeiter- und Angestelltenversicherung • Aus den
Gemeinden • Verkehrsbetriebe • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus unserer
Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Morikplatz 3105/06, 11944

BELEBEND WEINERLAND SPIRITUOSUM
Rolle's Fruchtwein
 Reichenau
 ist beliebt bei Mann und Frau



B.G.ROLLE, REICHENAU/SA.
 VERLANGEN SIE PREISLISTE

Gummi Saug. etc. hyg. Artik. Preisl. s. grat. Pharm. byg. Industrie Medicus, Berlin 154, Untermyr. 25 t.

Ulest die **Urania**



Nur 15 Pfennig pro Tag zahlen Sie für eine echte Schweizer 800/000 silberne Herrentaschenuhr mit 14 krt. Goldrändern. Zahbar in 6 Monatsraten à 4,50 M. - a. 27,- M. einschl. Etwas. Kein Geldvoraus. Keine Nachn. Fordern Sie Liste über goldene Damen- und Herrenuhren, Uhrketten u. Geschenkartikel. Reelle Bedienung / Pa. Referenzen F. Ernst Söhr, Roßwein/Sa. 20

Nie wieder so billig!
 Eichene Speisezimmer, ca. 2 m. kompl. 490,-
 Eichene Schlafzimmer, volle Türen, innen Mahagoni, kompl. . . . 890,-
 Eichene Herrenzimmer kompl. . . . 275,-
 Einzeilmöbel enorm billig, große Auswahl.
 Viele Gelegenheiten, trotzdem Zahlungsvereinfachung.
HASEMANN'S MÖBELSPEICHER
 Berlin, Lothringer Straße 25
 (am Untergrundbahnhof Schönhauser Tor)

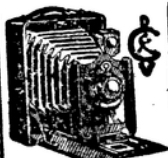
Wer selbst sieht spart viel Geld!
 Kern, Sohlenleder u. all. Werkzeug u. Zutat. für Selbstbesohler u. Schuhmach. liefert ungewöhnl. bill. u. schnell. Christian Günner Hamburg 20 C. Cortigstr. 85 Neue Preiskostenl.

MGM
 die Anfangsbuchstaben unserer drei von Hand gewählten Meist Gerauchten Marken
 Kennen Sie diese schon? Wenn nicht, lassen Sie den Händler oder beachten Sie die nächsten MGM Auslagen von KLEIN'S TABAKFABRIKEN, SCHIFFERSTADT

MGM

Schriften zur Aufklärung u. Weiterbildung
 Soeben erschienen:
 Heft 22.

Die deutsche Sozialversicherung in heutiger Gestalt.
 Von Fr. Kleeis, Weimar.
 Ueber die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung herrscht vielfach große Unklarheit. Diesem Uebelstande will das Büchlein abzuwehren versuchen. Trotz der Kürze werden alle wichtigen Fragen nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung erschöpfend behandelt.
 Preis 0,75 Mark, für Verbandsmitglieder 0,40 Mark
 Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
 Berlin SO 42, Schlesische Straße 42
 Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 7422 (F)



Erstklassige Photo-Apparate
 Bequemst. Teilzahlung (1/2 Anzahlung Rest 8 Monatsraten) Illustr. Preislist. G frei
Dresdenia - Camera-Vertrieb
 Dresden-A 24/U.

Preissturz!!
 9 Pfd. feinst. Tilsiter Fettkäse 5,00 M., 9 Pfd. Edamer Kugel 4,50 M., 9 Pfd. halbfett Edamer 20 Proz. 7,40 M., 9 Pfd. halbfett Tilsit. 20 Proz. 7,40 M., 9 Pfd. Schweiz 20 Proz. 9,90 M. gegen Nachnahme ab hier Lebensmittelgeschäft Hermann, Berlin 200, Behrenstr.

Achtung! Gemeindef- und Staatsarbeiter
 Jeder organisierte Angestellter und Arbeiter muß auch Mitglied des Konsumvereins sein.
 Der Allgemeine Konsumverein Augsburg unterhält neben der größten Dampfbackerei am hiesigen Platze 18 Warenabgabestellen in allen Stadtteilen. Gegen ein Beitragsgeld von 80 Pf., welches zum sofortigen Einkauf berechtigt, kann jedermann Mitglied werden. — Nicht beim Krämer, sondern im Konsumverein deckt ein wirklich organisierter seinen Bedarf. Rund 75 000 M. erhalten die Mitglieder im laufenden Jahre als Rückvergütung. Nenn frage Dich selbst Kollege, was bekommst Du vom Bäcker oder Krämer? — Der Konsumverein bietet erstklassige Waren und reelles Gewicht zu möglichst günstigem Preis und ist kein Ausbeuter, sondern ein Arbeiterunternehmen.

Tausende Dankschreiben aus Beamtenkreisen!
Garantie-Fahrräder
 mit Freilauf
 für Herren: **72.-** trachtfrei
 für Damen: **80.-** trachtfrei
 Man verlange kostenlos Katalog von der **Fahrradfabrik Sigurd-Gesellschaft, Cassel 107**
 Für Beamte erleichterte Zahlungsweise.

Heimarbeit vorzuzieh.
 P. Heiter, Dresden 114.

Kernfeste Menschen soll Kraft und Schmelz gibt Dr. Hübeners Lebenssalz
 Schachtel 1.- Mfr. in Apotheken u. Drogerien

9 Pfennig
Holländische Käse
 für nur 5,95
 1000 Teile Nährwert u. der höchsten Preis wert. 114/7
 die mit die vielen Kordons bringt!
 KASE-TIEDTKE, HAMBURG 1 te

MONATLICHE TEILZAHLUNG!
Elegante Herrenkleidung

fertig und nach Maß zu soliden Preisen.
 Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.
 Ledermäntel, Gummimäntel in großer Auswahl.
 Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter Damenmoden nach Maß. (F)
Julius Fabian Maßschneiderei
 Berlin, Gr. Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage
 Mitglieder 5% Rabatt

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung
 beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.
KOCH & SEBLAND G. m. BERLIN (F)
 b. H.,
 Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1893

Verblüffend billig ist die Teilnahme am Rundfunk
 Für 10.- Mark monatliche Miete
 Eine komplett angelegte Radiostation inkl. Sahörner einschl. Antenne u. kostenl. Überwachung. — Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.
Speckmaschinen echt Elche inkl. Platten und Nadeln zu ganz besonders vorteilhaftem bequemen Bedingungen.
12 Schallplatten in elegantem Album.
 Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 3,75 p. Platte
6 Monatsraten à Mark 8.00 (F)
 Unverbindliche Vorführung: W. Uhländstr. 27 (Laden). S 42, Ritterstr. 11 (Hof).
 Geöffnet täglich von 8-7. — Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch.
Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.,
 Berlin S 42, Ritterstr. 11. — Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Sturm laufen der privaten Arbeitgeberverbände gegen die Allgemeinverbindlichkeitsklärung unseres RM. für die Gemeindearbeiter



Der Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter gilt, wie jeder andere Tarifvertrag, auf Arbeitgeberseite nur für solche Betriebe und Verwaltungen, die dem Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände angehören. Er findet daher leider noch nicht für alle Gemeinden Anwendung. Um auch die Gemeinden zur Anwendung des RM. gegenüber den bei ihnen Beschäftigten und in erster Linie in unserm Verbandsorganisierten Arbeitern zu zwingen, ist in der Vergangenheit der RM. — zum Teil seit seinem Bestehen — in einer großen Anzahl von Bezirken für allgemein verbindlich erklärt worden. Diese bezirksweise Ausdehnung des RM. auf außerhalb der Organisationsgrenzen liegenden Gemeinden hat in der Vergangenheit keine Schwierigkeiten bereitet.

Bei dem letzten Neuausschluß wurde bekanntlich zwischen den Vertragsparteien vereinbart, den neuen RM. 1926 für das Reichsgebiet für allgemein verbindlich erklären zu lassen. Ein solcher Antrag ist inzwischen auch unter dem 25. Juni 1926 bei der Reichsarbeitsverwaltung gestellt worden. Es ist selbstverständlich, daß die allgemeine Verbindlichkeit nicht nur für die reinen Regiebetriebe der Gemeinden gelten muß, sondern auch für die Betriebe, für die die Gemeindeverwaltungen aus Zweckmäßigkeitsgründen die Form der G. m. b. H. oder Aktiengesellschaft gewählt haben.

Dieses Mal sind jedoch durch den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung anscheinend sämtliche Arbeitgeberverbände der Privatindustrie auf dem Plan erschienen, um die allgemeine Verbindlichkeit zu verhindern. Wie wir von der Reichsarbeitsverwaltung erfahren haben, sind innerhalb der von der Reichsarbeitsverwaltung festgesetzten Frist nicht weniger als 120 Einsprüche gegen die allgemeine Verbindlichkeit von anderen Verbänden und Einzelbetrieben erhoben worden.

Sehr bezeichnend sind die Gründe, die gegen die allgemeine Verbindlichkeit ins Feld geführt werden. In erster Linie sind es Gründe organisatorischer Art, d. h. Differenzen der Privat Arbeitgeberverbände mit dem kommunalen Reichsarbeitsgeberverband wegen der Verbandszugehörigkeit der kommunalen Betriebe. So weist z. B. die satzungsbekanntete Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände darauf hin, daß zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände und anderen Privat Arbeitgeberverbänden seit langer Zeit gewisse organisatorische Meinungsverschiedenheiten bestehen, die auf das Bestreben des Reichsarbeitsgeberverbandes zurückzuführen waren, in seine organisatorische und Tarifhoheit gemischt-

wirtschaftliche und privatwirtschaftliche betriebene Werte einzubeziehen.“ Es wird befürchtet, daß durch die allgemeine Verbindlichkeit in die „bewährten Tarifverträge“ der Privatindustrie eingegriffen wird. Besonders hingewiesen wird dabei auf die Tarifverträge der Gemeinschaft der Arbeitgeberverbände der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Deutschlands und des Arbeitgeberverbandes deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen.

Auch der Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Rheinlands und Westfalens macht geltend: „Der Antragsteller auf Arbeitgeberseite bezweckt mit diesem Antrage die Zerschlagung der sachlichen Arbeitgeberverbände insbesondere der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, nachdem er dieses seit Jahren verfolgte Ziel nicht hat erreichen können.“ In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Die verschiedenen privaten Arbeitgeberverbände haben das Bestreben, daraus Nutzen für ihre Organisation zu ziehen, daß manche Gemeinden für ihre Betriebe eine G. m. b. H. oder Aktiengesellschaft als besondere Verwaltungsform gebildet haben. Die privaten Arbeitgeberverbände wissen sehr gut, daß dadurch an dem Eigentumsrecht der Gemeinden gegenüber diesen Betrieben nichts geändert worden ist und diese Betriebe nach wie vor Gemeindebetriebe sind. Dies kommt auch völlig klar und einwandfrei im Einspruch der Gemeinschaft der Arbeitgeberverbände der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Deutschlands zum Ausdruck, in dem es heißt: „Der Verlauf der letzten Jahre hat durch die Umstellung der großen kommunalen Betriebe in privatwirtschaftliche Verwaltungsform gezeigt, daß dieser Weg von ihnen als der wirtschaftlich allein richtige anerkannt worden ist.“ Hier wird in keiner Weise in Abrede gestellt, daß es sich nach wie vor um Kommunalbetriebe handelt und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend sogar richtigerweise zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei diesen „umgestellten“ Betrieben lediglich um eine besondere „Verwaltungsform“ handelt. Tatsächlich erscheinen diese Betriebe mit Ueberschüssen auch alljährlich in den Etats der Gemeinden ohne Rücksicht darauf, in welchem Umfange die Gemeinde die Beteiligung von Privatkapital bei ihren Betrieben zugelassen hat. Es ist kein Geheimnis, daß diese Betriebe für die Gemeinden sogar unentbehrliche Einnahmequellen sind, deren Ueberschüsse für Zwecke der Verwaltung der Wohlfahrtspflege usw. Verwendung finden. Die Arbeiter dieser Werke sind auch nach der Umstellung Gemeindearbeiter geblieben. Ihnen müssen auch die Rechte der Gemeindearbeiter zuerkannt werden. Wenn der kommunale Reichsarbeitsgeberverband angesichts dieser Tatsachen die allgemeine Verbindlichkeit auch für die sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden beantragt hat, so können wir

diesen Antrag im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter nur unterstützen.

Es gibt mehrere Privatarbeitgeberverbände, die für sich insbesondere die städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke in Anspruch nehmen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es sich um sogenannte gemischtwirtschaftliche oder um Regiebetriebe handelt. Andere private Arbeitgeberverbände wünschen eine Aufteilung der Gemeindebetriebe bzw. Arbeiterkategorien nach „Fachgruppen“, um selber ein größeres Betätigungsfeld zu bekommen. Diese Forderung stellt z. B. die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie in ihrem Einspruch auf. Auf den Eigentümer der Werke soll es dabei nicht ankommen, sondern lediglich auf die „fachlichen Besonderheiten“. Unser Verband würde dann unter Umständen genötigt sein, mit Dutzenden Fach- bzw. Industrieverbänden der Arbeitgeber für die Arbeiter der Gemeinden, also eines Arbeitgebers, Tarifverträge abzuschließen! Somit vertritt man freilich auf Arbeitgeberseite gerne den Standpunkt: ein Arbeitgeber, ein Tarifvertrag. Diesen Grundtrog nehmen wir auch für die städtischen Verbände in Anspruch! Die organisatorischen Differenzen der Verbände dürfen nicht im Zusammenhang mit der Allgemeinverbindlichkeitsklärung auf Kosten der Gemeindearbeiter ausgetragen werden. Dies sollte die Reichsarbeitsverwaltung bei ihrer Entscheidung beachten.

Wegen dieser Verbandsdifferenzen spielt natürlich bei den Einsprüchen auch der Inhalt des RMT. eine große Rolle. So wird von der Rheinau A.G. in Mannheim darauf hingewiesen, daß die allgemeine Verbindlichkeit unseres RMT. „Unruhe und Schwierigkeiten“ in die Betriebe bringen würde. Der Verband der chemischen Industrie für Mainz und Umgebung hält die „Gewährung höherer Löhne und sonstiger weitgehender Vergünstigungen als bisher“ für unausbleiblich und malt der Reichsarbeitsverwaltung das Schreckgespenst erhöhter Gaspreise als deren Folge wie folgt an die Wand: „Die Folgen hiervon wären wieder Forderungen auf Lohnerhöhung auf der ganzen Linie. Mehr als je gilt es aber, die jetzt bestehende Stabilität der Preise und Löhne zu erhalten, um nicht wieder zu den trostlosen Zuständen des Jahres 1923 mit seinen sich überstürzenden Preis- und Lohnereignissen zurückzukehren.“

Den Vogel haben aber mit ihren Einspruchsgründen die Elektrowerke A. G. in Berlin abgefeilt, indem sie die Anwendung des RMT. „für verderblich für die deutsche Wirtschaft“ bezeichnen. Nachdem sie festgestellt haben, daß der Kommunalarbeitgeberverband ihr bezüglich der Einwirkung des allgemein verbindlichen RMT. auf ihre Gesellschaft „eine unbefriedigende Antwort“ gegeben habe, heißt es in ihrem Einspruch:

„Wir halten die Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Gemeindearbeitertarifes soweit sie über rein kommunale Regiebetriebe hinausgeht, für verderblich für die deutsche Wirtschaft. Die Versorgungsbetriebe nehmen eine eigene Stellung ein und haben mit den übrigen Kommunalverwaltungen nichts zu tun. Deshalb werden sie auch im allgemeinen entweder ganz einfach mit der Privatwirtschaft als gemischtwirtschaftliche Betriebe geführt oder aber zum mindesten in die privatwirtschaftliche Gesellschaftsform überführt. Es würde einen Rückschritt bedeuten, wenn man diese Betriebe auf dem Umwege über kommunale Gemeindearbeiterlöhne wieder in die reine Regiewirtschaft zurückführen wollte. Eine solche Entwicklung würde indirekt sich auch für uns nachteilig auswirken, auch wenn sich die Allgemeinverbindlichkeitsklärung für uns direkt nicht bezieht. Inwiefern sind wir auch an dem weiteren Schicksal des Antrages auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung interessiert.“

Besonders wenn man die Lehren von einzelnen Werken und privaten Arbeitgeberverbänden gegen die allgemeine Verbindlichkeit des RMT. angeführten Gründe berücksichtigt, die sich gegen den sozialen Inhalt des RMT. richten, wird man für unseren Reichsmanteltarifvertrag in Anspruch nehmen können: „Wiel Geld, viel Ehr.“ Die Einsprüche der anderen Arbeitgeberverbände sind von dem Betreiben ditier,

eine Ausdehnung der sozialen Einrichtungen unseres RMT. auf ihre Betriebe zu verhindern, diese Betriebe vielmehr organisatorisch für sich in Anspruch zu nehmen, um im Bunde mit der Privatindustrie dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter zu verschlechtern. Die Bemühungen, die allgemeine Verbindlichkeitsklärung zu verhindern, decken sich durchaus mit den sonstigen Bestrebungen der privaten „Wirtschaft“, die Gemeinden zu bevorzugen. Die Gemeinden sind nämlich zum Teil gezwungen, die letzten Fehlbeträge des Etats aus der Grundsteuer und der Hauszinssteuer besonders aber der Gewerbe- und Lohnsummensteuer zu decken. Vor der Beschlußfassung über den Etat haben die entsprechenden Organisationen der Wirtschaft, Industrie- und Handelskammern, Hausbesitzerorganisationen, das Recht gehört zu werden. In letzter Zeit sind diese Kreise bestrbt, aus der Anhörung in gewohnter „Verscheidenheit“ ein Mitbestimmungsrecht (!) für sich zu machen. Sie wollen als Nebenregierung das Aussehen des Etats und ihre eigene Steuerbelastung einseitig selbst bestimmen! In erster Linie würden sie dann natürlich auch bestrbt sein, bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten auf Herabsetzung der Löhne und Gehälter sowie auf Einschränkung der tariflichen sozialen Einrichtungen hinzuwirken.

Die Einsprüche dieser Verbände, die eine Ausdehnung des RMT. auf kommunale Gesellschaftsbetriebe überhaupt und zum Teil selbst auch auf kommunale Regiebetriebe verhindern wollen, liegen ebenfalls in dieser Richtung. Deswegen hat die gesamte Arbeiterkraft, nicht nur unsere Kollegenchaft, ein Interesse daran, daß die privaten Arbeitgeberverbände mit ihren Einsprüchen keinen Erfolg haben. Die Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung über den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung und die dagegen eingereichten Einsprüche steht zurzeit noch aus.

R. B.

Rationalisierung als Bewegung

Man hat das Wort Rationalisierung, an das sich noch vor kurzem nur überhebende Holzmänner lächelten und das heute schon das schmerzlichste Gefühl der Enttäuschung in sich birgt, ganz verschieden zu erklären versucht. Das Reichsarbeitsratium für Wirtschaftlichkeit definiert, daß Rationalisierung die vornehmlichste Anwendung aller Mittel, die Zeit, und planmäßige Ordnung des Betriebs zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit, d. h. zur Erreichung des Wirtschaftswortes „höchster Arbeit auf allen Gebieten der Gegenwart“ bedeutet. In industriellen Lager versteht man sie kurzweg als die „Leistungssteigerung pro Kopf“, so daß die „Bewertung der Rationalisierung nicht nur als rein technischer Vorgang, sondern als geistige Erfindung und Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenhänge“ in einem gewissen Gegensatz zu der rein technischen industriellen Darmforschung steht. Die Definition durch Prof. Dr. Bonn dürfte auch zweifellos der Rationalisierung als Impuls und Bewegung mehr gerecht werden.

Wie Menschen leben und arbeiten, wie sie ansehen, denken und fühlen, sich selbst und ihre Existenzbedingungen regeln und organisieren, wird immer in härtester Weise von dem vorhandenen Produktionsapparat bedingt. Funktioniert die Produktionsmaschine, ist sie intakt, kann sie die einzelnen Glieder der Gesellschaft einigermassen ernähren, d. h. die vorhandene Arbeitskraft im Gütererzeugungsprozess verwerten, dann haben wir einen stabilen Zustand, den man in der Geschichte der Völker als „Blüte“ und „Blütezeit“ bezeichnet. Er beruht zu guter Letzt auf der großen Harmonie zwischen Rentabilität der Produktionsmaschine und Lebensstandard, auf dem Ausgleich von Arbeiter und Kapital, zu guter Letzt auf der Heberherrschschaft von Produktionsapparat und Arbeitskraft. Funktioniert die Maschine nicht, produziert sie aus irgendwelchen Ursachen zu teuer, so revolutionieren sich die Verhältnisse. Das ist dann die große Entfremdung zwischen Produktionsapparat und Arbeitskraft. Sie äußert sich in der Tendenz, durch die Bildung einer modernen geschichtlichen Zeit hinein, durch die Bildung eines künftigen Proletariats, auf das die Existenzfrage in jeder Hinsicht ruht. Der Kunde, der Verbraucher, der den Inhalt jeder wirtschaftlichen Beziehung entscheidend ist, besteht dann die Wirtschaft. Es ist jene Bestimmung, die sich in der Fülle des Industriellen durch die Komplexion mit dem Arbeiter, der Bildung von bedeutend großen Arbeitskraftreizen besonders ausprägt.

Das ist der Zustand von heute. Die Ueberspannung des Wirtschaftsapparates während des Krieges und nach dem Kriege zur Aufzückung des Warenraums führte zur Vergrößerung der Produktionsmaschine, zu einer unerhörten Umwandlung von Geldkapital in Anlagekapital (Erweiterung der Kohle-, Chemie- und Eisenwirtschaft; Einbeziehung von früher nur Nahrungsmittel produzierenden Ländern in die Baumwollproduktion, Verschiebung der nördlichen Breitenlinie in Kanada usw.). Man versuchte, die infolge des sich verringerten Absatzes sinkende Gewinnquote durch Bindungen (Kartellierung, Restriktion, Valorisierung usw.) auf der traditionellen Höhe zu halten oder, schließlich gezwungen durch die Ueberkapitalisierung, noch mehr zu steigern. Das bedeutete weitere Verringerung des Verschleißes mit allen ihren Folgen bis zur Gefährdung des Produktionsapparates selbst. Diese Entwicklung hat vormalig zwei große Bewegungen hervorgerufen: den Protektionismus und den Bolschewismus. Mögen beide einen ganz verschiedenen Ausgangspunkt haben, so sind sie in ihren wirtschaftlichen Aufstellungen verblüffend ähnlich und zielen auf eine künstliche Behauptung des Marktes und des Produktionsapparates hin. Wenn der vergrößerte Produktionsapparat nach dem Krieg eine Liquidierung in dem Sinne erfordert, daß man nicht mehr nach der Substanz, sondern nach der Rentabilität bilanziert, so gehen sowohl Protektionismus als auch Bolschewismus auf eine Vergrößerung dieses Produktionsapparates aus, ohne daß im Einzelfalle diese weitere Verwandlung von Geldkapital nicht eine billigere Bedürfnisbefriedigung bedeuten kann. Demgegenüber steht die dritte Bewegung, die Rationalisierung, hauptsächlich eine ganz bestimmte Art forcierter Massenfabrikation, die über den Umweg der Produktionssteigerung zur Produktverbilligung kommen will.

Am Grunde genommen handelt es sich bei der Rationalisierung um etwas Neues, um die Weiterentwicklung einer bekannten Entwicklung in der Wirtschaftsgeschichte. Der alte Fuhrmann Chronos wird sicherlich ob des Welens lächeln, das das heutige Menschengeschlecht um diese „oll. Kamelle“ macht. Immer, wenn der vorhandene Produktionsapparat verlagte, seine Leistungsfähigkeit und die Anforderungen in der Gesellschaft an ihn divergierten, führte man die Ausgleich dadurch herbei, daß man die Produktionsmaschine reorganisierte, sie leistungsfähiger machte. Man ging immer wieder mit Erfolg vom Produktionsapparat aus und nicht, wie fremmer, unaussprechlicher Köhlerglaube heute noch wähnt, von einer Verringerung der Kopizahl. Dieser Ausgleich hatte bis zu einer gewissen Zeit ein ganz bestimmtes Gepräge. Er bestand vorzugsweise, wenn auch die Bedeutung der Versuche, den Gütervorrat unmittelbar zu steigern und zu verbilligen, nicht übersehen werden kann, in einer beschaltlichen Erweiterung des Nahrungsraumes. Man nahm vor allen Dingen mehr Boden unter den Füßen. So erklärt sich der kolonialistische Zug vom Westen nach dem Osten Europas im Laufe des letzten Jahrhunderts und auch der Schritt nach Uebersee, die beide bis heute noch nicht abgeschlossen sind.

Das Problem der Kopizahl wurde aber dadurch absolut nicht gelöst, denn schließlich vermehrte sich die Zahl der Menschen, aber den Boden konnte man nicht vermehren, d. h., die Möglichkeit der Gütererzeugung war begrenzt und zwar deshalb, weil dem Produktionsprozeß nur ganz bestimmte Stoffe und Kräfte zur Verfügung standen. Man heutz. B. das Holz als Bau- und Brennstoff allerdings in großen Wäldern, aber der Verbrauch ging schneller vor sich als die Produktion. Man brauchte Menschengenerationen, ehe der abgeholte Wald wieder schlagreif war. Bei der Benutzung von Wind und Wasser war man an bestimmte Zeiten und an bestimmte Grenzen gebunden. Erst mit der Indienstnahme anderer Stoffe und anderer Kräfte für die Gütererzeugung kommt man zu der Möglichkeit, Güter in unbegrenztem Ausmaß zu produzieren. In dem Augenblick, wo man die Stahlwalze mit der Maschine herstellte, konnte man die Wadelfabrikation, theoretisch wenigstens, ins Ungeheuerliche fortsetzen. Darauf beruht die Entwicklung des Industrialismus. Indem man anstatt des organischen Stoffes, des Holzes, den anorganischen Stoff, die Kohle als Brennstoff benutzte und Eisen und Glas als Baustoffe, leitete man den bekannten Prozeß der Anorganisierung ein. Mit Hilfe der anorganischen Stoffe, der toten Natur, war vor allen Dingen erst mal die Nährfrage gelöst und weiter auch und zwar über die künstliche Zuführung von anorganischen Stoffen in den Natur, die wichtige Bodenfrage. Die neuen Kräfte aber, die man dann vorzugsweise aus dem Prozeß der Anorganisation gewann, ermöglichten die Mechanisierung des Produktionsprozesses, die Verdrängung der Muskel, deren Benutzung durch Verbrauch der Arbeitsenergie zeitlich gebunden war, durch mechanische Kräfte, durch die Maschine. Ebenso wichtig ist der Prozeß der Entpersonalisierung der Gütererzeugung. Schon die Kooperation und die

Manufaktur trennten den Produzenten von dem Arbeitsprozeß als Ganzes. Das Produkt verlor das Gesicht des Produzenten. Es entpersonalisierte sich, wie auch in der ganzen Wirtschaft, vom Standpunkt des alten traditionellen Unternehmers gehen, eine tiefgreifende Entpersonalisierung dadurch eintraf, daß die modernen kapitalistischen Gesellschaften wesentlich andere Besitzformen schufen. (Alltagsgesellschaften usw.)

Wie entwickelt sich nun der Prozeß der Anorganisierung, der Mechanisierung und der Entpersonalisierung in der gegenwertigen Rationalisierungsbewegung weiter? Zunächst fällt, wenn wir heute das Arbeiten besonders in der Fertigung und der Verwaltung betrachten, die Entwicklung der Maschine auf. War die Maschine jahrzehntelang schließlich nur, wenn auch ein äußerst wichtiges Hilfsmittel, so überträgt man ihr heute ganze Arbeitsgänge. Die Entwicklung zum Automaten, zur Sondermaschine bezeichnet aber die fortschreitende Mechanisierung. Die Anwendung der Muskelkraft im Produktionsprozeß wird, prinzipiell gesehen, Notbehelf, ihre Einsetzung nur da berechtigt, wo vorläufig die überlegend, zweckbewußt handelnde menschliche Mitarbeit durch die Präzision der Maschinenarbeit nicht zu ersetzen ist. Die Anwendung der Muskelkraft aber geschieht im Arbeitstakt und Arbeitstakt, innerhalb der Reihe, in der die Verarbeitung örtlich lückenlos fortsetzt und zeitlich bestimmt ist. Das bedeutet, daß der Prozeß der Anorganisation bis zu einem gewissen Grade auf die menschliche Arbeit ausgedehnt wird und man kann mit vollem Recht von einer Anorganisation der Muskel, besonders durch die Rhythmisierung. Ebenso deutlich tritt in der Rationalisierung der fortschreitende Prozeß der Entpersonalisierung zutage. In dem Maße, wie die Unterteilung des Arbeitsganges in den kapitalistischen Wertigkeiten die Ware von dem Produzenten löste, ihr das Gesicht nahm, suchte man die Ware, aus Gründen der zunehmenden Abgabeschwierigkeiten heraus, den Wünschen und dem Geschmack des Kunden, der Verbraucher anzupassen. Er bestimmte schließlich, wie fabriziert wurde. Kommt die Rationalisierungsbewegung aber zur Typisierung, zur Standardisierung und zur Spezialisierung, dann ist es unmöglich, daß sich die Fertigung nach dem Geschmack des Kunden und damit schließlich nach der einzelnen Persönlichkeit richtet, sondern nach dem vorhandenen Produktionsapparat und nach der wesentlichen Tatsache, wie diese am billigsten ein typisches Bedürfnis befriedigt. An Stelle des Geschmacks, des besonderen Wunsches des Kunden tritt die allgemeine Lieferbedingung, die schließlich von den Beteiligten in Fertigung und Handel ohne besondere Mitwirkung des Kunden festgelegt wird. Führt der Prozeß der Mechanisierung, der Anorganisation und der Entpersonalisierung am Ende der feudalistischen Wirtschaft zum flüssigsten Kapitalismus, zu einer erheblichen und theoretisch unbeschränkten Steigerung in der Gütererzeugung, so bedeutet die Weiterentwicklung des Prozesses ohne Zweifel die forcierter Massenfabrikation im Sinne einer Verbilligung des Produkts durch Mehrfabrikation.

Damit ist erst die Grundlage für die ganze Rationalisierungsbewegung gegeben und anscheinend ist es die Verkennung des Zusammenhangs zwischen den einzelnen Aufstufungen der Rationalisierungsbewegung, die wesentlich zur Verschärfung der gegenwertigen Krise, die auf vielen Gebieten fast ausschließlich als Rationalisierungsprozeß erscheint, beiträgt. Man sieht den ganzen Rationalisierungsprozeß auf wichtigen Gebieten ausschließlich als Beschleunigung und damit als rein technische Angelegenheit auf, wodurch der Rationalisierung als Bewegung eben nicht genügend Rechnung getragen wird. Allerdings ist das Ziel der Rationalisierung auf den einzelnen Gebieten des Wirtschaftslebens (der Fertigung, der Verteilung und der Verwaltung) die Beschleunigung schlechthin. Wir wollen durch Einführung der Rhythmisierung, die örtlich fortschreitende, zeitlich bestimmte, lückenlose Folge von Arbeitsgängen, die Fertigungszeiten zusammendrängen, durch Ausschaltung von Verlustzeiten, wie Lagerung usw., die Produktionszeit verringern. Wichtig wird der Prozeß nach der Seite des Lohnunkostenlosens und der Kapitalbindung hin. Er prägt sich in der Verringerung der Zeiten aus. Bei der Güterverteilung wird der kürzeste Weg gesucht, halb unter dem Zwang der mathematischen Vorstellung, daß der gerade Weg der kürzeste, d. h. der billigste ist. In Frage kommen hier wohl vorerst Einschränkungen der kostspieligen Lagerhaltung auf Grund der Normung, der Typung, der einheitlichen Lieferbedingung usw. Die Verwaltung selbst, die den Prozeß der Fertigung und der Verteilung umfaßt, ist einmal zu vereinfachen durch fortschreitende Mechanisierung, Einstellung von Bureaumaschinen usw., des anderen aber — und hier liegt der Schwerpunkt jeder Rationalisierungsarbeit — in den Prozeß der Fertigung und Verteilung einzubeziehen. Das heißt, die rationelle Verwaltung soll nicht etwas sein wie eine Registriermaschine, die peinlichst genau z. B. den Ein-

gang von Materialien in den Fertigungsprozess und den Ausgang der Fertigwaren in den Handel und an den Kunden aufzeichnet, sondern sie soll den Gang der Fertigung und den Gang der Verteilung organisieren im Sinne größter Wirtschaftlichkeit, d. h. der kürzesten Produktionszeit und des kürzesten Verteilungsweges. Am besten bezeichnet man wohl hier die Tendenz, indem man sagt, daß die Verwaltung nicht Expedition, sondern Arbeitsbureau werden soll. Bringt man die, auf den drei großen Wirtschaftsgebieten sich bemerkbar machenden Tendenzen die Verkürzung der Zeiten, der Wege und der Einbeziehung der Verwaltung, auf einen Nenner, so

kann man diese Bestrebungen als Beschleunigung bezeichnen. Die Produktionsmaschine soll schneller, d. h. mehr und billiger produzieren. Dadurch wird aber die Beschleunigung, das beherrschende Moment in dem gegenwärtigen Rationalisierungsprozess, zur Bewegung. Denn die beschleunigte Produktion ermöglicht sich erst dann, wenn die Konkurrenz zwischen beschleunigter Produktion, gesteigerter Produktionskapazität, und der Kaufkraft wiederhergestellt wird. Man muß lernen, das wichtigste Attribut jeder Wirtschaft, die Kopfszahl, die heute empfindliche Belastung bedeutet, als Mittel der Entlastung zu gebrauchen. Friedr. Ditt.

Gleichberechtigung in der Wirtschaft

Eins der wirkungsvollsten Argumente der bürgerlichen Nationalökonomie gegenüber den sozialistischen Theoretikern zur Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaft ist der Hinweis, daß die privatkapitalistische Wirtschaft der schöpferischen Gemeinwirtschaft die Freiheit des Handelns für den einzelnen zu stark gebunden sei. Untersuchen wir einmal, inwieweit dieses Argument berechtigt ist. Wichtig ist, daß zur Zeit des Frühkapitalismus wie auch in der kapitalistischen Entwicklungsepoche bis etwa zur Jahrhundertwende das Unternehmen des Kapitalbesitzenden sich im Konkurrenzkampf mit jedem anderen Unternehmen befand. Dieser Konkurrenzkampf stellte an die Leitung des Unternehmens große Anforderungen und veranlaßte eine stetige Entwicklung der angewandten Technik. Jedes Unternehmen stand für sich allein. Es galt das Prinzip der Individualität und es brauchte nicht abgelehnt zu werden, daß dieses Prinzip wesentlich zur Entfaltung der Wirtschaft in technischer Hinsicht beigetragen hat. Wie liegen jedoch die Dinge heute? Wir brauchen nur einen Blick auf die unzähligen Kartelle, Syndikate, Trusts und funktionierten Betriebe zu werfen, um die Feststellung zu machen, daß das Kapital im weitesten Maße an die Stelle des Prinzips der Individualität das Prinzip der Gemeinschaft durchgeföhrt hat. Freilich erzählt die Durchführung dieses Gemeinschaftsprinzips zwei Einschränkungen, erstens wird das Prinzip nur angewandt, soweit das „Kapital“ in Betracht kommt und zweitens wird das nicht „nationale Kapital“ von diesem Prinzip ausgeschlossen. Wir machen zwar immer mehr die Beobachtung, daß dieses Gemeinschaftsprinzip über diese Grenzen hinweg zu einer internationalen Kapitalvereinbarung führt, jedoch ist hier noch kein Abschluß erreicht, sondern alles in der Entwicklung begriffen.

Den Entwicklungsgang, den das Kapital vom Individualitätsprinzip zum Gemeinschaftsprinzip durchschritten hat, hat auch der andere Faktor in unserer Wirtschaft, die Arbeit, hinter sich. So wie der einzelne Kapitalist dem anderen Kapitalisten im Konkurrenzkampf gegenüberstand und sie sich später im Interesse höherer Profitgewinnung zusammenschlossen, so stand auch in der Entwicklungszeit des Kapitalismus zunächst der einzelne Arbeiter seinen Klassenangehörigen als Konkurrent gegenüber. War der Konkurrenzkampf für das Kapital durchaus unvorteilhaft (er gefährdete immer mehr den Profit, soweit nicht durch technische Verbesserungsmöglichkeiten des Profits herbeigeföhrt werden konnte), so bedrängte er in noch viel schlimmerem Maße den Arbeiter. Kein Wunder also, daß das Prinzip der Gemeinschaft zunächst sich bei der Arbeiterschaft durchsetzte. Ja, man kann sagen, daß erst, nachdem die Arbeitsträfte sich solidarisch zusammenschlossen, das Kapital gezwungen war, den gleichen Schritt zu tun. Das Durchsetzen des Solidaritätsprinzips bei der Arbeiterschaft vollzog sich in einer verhältnismäßig kurzen Zeitperiode. Der entscheidende Unterschied zwischen Kapital und Arbeit liegt jedoch darin, daß sich die Arbeiterschaft nicht damit beschränkte, das Prinzip der Solidarität auf die Arbeit und auf die Nation zu beschränken, sondern die Arbeiterschaft erhebt das Gemeinschaftsprinzip zur sittlichen Forderung für die gesamte menschliche Gesellschaft.

Heute sind wir bei dem entscheidenden Punkte angelangt, wo die Verhältnisse dringend danach verlangen, daß sich die Faktoren „Kapital“ und „Arbeit“ zu einer Einheit zusammenfinden müssen. Die Entwicklung wird lehren, daß das Prinzip der Gemeinschaft nicht nur auf das nationale Kapital beschränkt bleibt und ebensowenig wird dieses Prinzip nur für das Kapital und nicht für die Volksgemeinschaft gelten können.

Für uns gilt es zu erkennen, daß die Entwicklung mit bloßer Gewalt und der Materie allein nicht vorwärts zu treiben ist. Hinzutreten muß vielmehr die Erkenntnis und das Wollen der Menschen. Das Herausbilden des menschlichen Willens auf das Prinzip der Gemeinschaft hin gerichtet, ist gegenwärtig die Aufgabe insbesondere der Gewerkschaftsbewegung.

Uns ist und bleibt als das Ziel die Gemeinwirtschaft als Aufgabe gestellt. Wir wollen, daß alle privaten Verfügungsrechte in der Wirtschaft aufgehoben und daß die Faktoren der Wirtschaft, nämlich Kapital und Arbeit, der Gesellschaft, dem Allgemeinbedürfnis, untergeordnet werden. Dieses Ziel kann aber nur in Etappen erreicht werden. Es ist wohl möglich, politische Rechte durch revolutionäre Gewaltakte mit einem Schlage zu ändern, soweit dafür die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Eine völlige Unmöglichkeit ist es jedoch zu glauben, daß wir die Wirtschaft durch einen Gewaltakt grundlegend verändern können. Wir müssen uns heute die Frage vorlegen, was kann gegenwärtig getan werden, um in der Richtung unseres Zieles in der Wirtschaft Bestrebungen der Arbeiterschaft zu errichten. Auf welche konkreten Aufgaben soll das menschliche Wollen sich wenden?

Im Gegensatz zu früheren Verhältnissen hat es die Arbeiterbewegung erreicht, daß sich der Staat für Sozialpolitik und zum Arbeitsrecht bekennt. Ja, die Kräfte von heute haben bewirkt, daß der Staat sehr aktiv in die Wirtschaft eingegriffen hat. Wir müssen jedoch klar erkennen, daß die Macht des Staates in der Gegenwart eine stark geschwächte ist. Prinzipiell ist zwar anerkannt, daß der Staat in die Wirtschaft eingreift, jedoch weißt man, daß der Staat in die Wirtschaft eingreift, jedoch weißt man, daß es zu glauben, daß mit dem bisherigen Eingreifen in der Wirtschaft große Veränderungen erreicht werden sind. Nicht mit Unrecht wird oft die Behauptung ausgesprochen, daß an Stelle der Unterordnung der Wirtschaft unter den Staat, eine Unterordnung des Staates unter die Wirtschaft getreten sei. Die Ursachen hierfür sind einseitige. Die neue Epoche des Kapitalismus, die Weltökonomie, hat ihm einen neuen Anstrich gebracht und neue Kräfte geschaffen. Es ist durchaus richtig, wenn man annimmt, daß der Kapitalismus vor seinem Zusammenbruch steht, daß es nur noch eines kräftigen politischen Strohens bedarf, um ihn zur Erde zu bringen. Zwar befinden wir uns in einer Wirtschaftlichkeits- und benessereissem Stadium, jedoch ist diese letzte letzte Todespauze des kapitalistischen Wirtschaftssystems, während die Vereinigung von den nationalen Wirtschaftsklassen, damit die Weltökonomie eintritt.

Werden wir einen Blick in die Verhältnisse der Wirtschaft, so sehen wir, daß die Mediellierung des Faktors Arbeit in der Wirtschaft eine sehr viel schwächere ist, als in der Politik. Haben wir in der Politik den Untertan überwandten, so kann man in der Wirtschaft durchaus noch nicht von einem Wirtschaftsbürgertum des Arbeiters sprechen. Der Betrieb ist heute noch im wesentlichen ein selbständiger Herrschaftsbereich des Unternehmers, dem durch Gesetz zwar gewisse Schranken gezogen worden sind, der jedoch in den entscheidenden Fragen der Produktion selbstherrlich entscheidet. Der Unternehmer ist vergleichbar einem Monarchen, dem ein beratendes Parlament mit beschränktem Beiratsrecht in Gestalt des Betriebsrats zur Seite steht. Das BGB. gewährt zwar den Arbeitnehmern ein Mitbestimmungsrecht in den Fragen des Arbeitsrechts, jedoch tragen die Produktion zu regeln sind, sich ihnen nur ein Subordinationsrecht. Es gilt hier zu erreichen, daß es nicht nur in der politischen Sphäre, sondern auch in der Wirtschaft der Arbeiter von einem Herrschaft zu einem vollwertigen Bürger verhandelt wird. Wenn es möglich gewesen ist, den Arbeiter der frühkapitalistischen Epoche von seinem hilflosen Dasein aus und seiner politischen Unfähigkeit zu befreien und ihn zu einem mitverantwortlichen Gliede in der Politik zu machen, so wird das ebenso auch für die Wirtschaft möglich sein.

Der Kampf der Gewerkschaften wurde bis zur Vertriebung im wesentlichen nur um den Anteil am Mehrwert geführt. Während der Unternehmer auf der einen Seite für sich zu erhalten oder vergrößern wollte, kämpfte die Arbeiterschaft auf der anderen Seite für einen möglichst hohen Lohn und damit für die Erhaltung des Unternehmersprofits. Dieser Kampf um den größtmöglichen Profitanteil erwuchs sich immer mehr zu einem Kampf um die Gestaltung der Produktion selbst. Das Verlangen der Arbeiterschaft

nach Mitgestaltung der Produktion ist aus verschiedenen Gründen heraus zu erklären.

Das ethische Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist, für die gesamte Gesellschaft mehr Kulturgüter und mehr Muße und mehr Freiheit zu schaffen. Wird heute die Produktion bestimmend beeinflusst von dem Profitinteresse des Privatkapitalisten, der die Technik nur sich soweit dienstbar macht, als es im Interesse seines Profits liegt, so verlangt die Arbeiterbewegung, daß im Interesse der Gesellschaft die Ausnutzung der Technik auf das höchste gesteigert wird. Auch der Arbeiter weiß, daß die erweiterten Ansprüche nur durch Steigerung der Ergiebigkeit der Produktion befriedigt werden können. Eine solche Steigerung der Produktion wird heute auch von Unternehmerseite gefordert. Die Mittel, welche von der Unternehmerseite hierzu vorge schlagen werden, sind Verlängerung der Arbeitszeit, Rationalisierung, Typisierung, Fließ- und Bandarbeit, Psychotechnik usw. Diese Mittel sind meistens falsch oder aber lassen nur erkennen, daß das Problem in seiner Tiefe nicht erkannt worden ist. Die Steigerung der Ergiebigkeit der Produktion setzt voraus, daß der wichtigste Faktor im Wirtschaftsleben, die Arbeit, wieder zur Schaffensfreude erweckt wird. Das, was die bürgerliche Nationalökonomie immer wieder verkant hat, daß die Arbeit keine Ware, sondern vielmehr ein menschliches und damit auch seelisches Wirken ist, wird heute immer mehr erkannt. Das Seelenleben des Arbeiters ist von den durch den Kapitalismus hervorgerufenen Veränderungen nicht unberührt geblieben. Der Handwerker in der vorkapitalistischen Epoche war nicht nur in seiner Erziehung im wackelnden sicher gestellt, sondern er hatte auch eine seelische Verbindung zu seinem Arbeitserzeugnis. Das Produkt wurde von ihm in eigenem Schaffen erzeugt. Diese Aufgabe ließ jene seelischen Energien lebendig werden, die erst eine volle Arbeitsleistung ermöglichen. Dem Arbeiter von heute fehlt die Verbindung mit dem zu erzeugenden Produkt nahezu ganz. Soweit nicht rein mechanische oder Reparaturarbeit verrichtet wird, steht der Arbeiter gefesselt an einer Maschine oder aber er verrichtet Teilarbeit.

Das Unberücksichtigen des Arbeiters durch den modernen Arbeitsvergang wird von niemand mehr bestritten. Zahlreiche Bücher über diese Frage sind erschienen und erstreben, daß die seelische Verbindung des Arbeiters mit seinem Produkt, mit seiner Arbeit wieder hergestellt wird. Hier wird vollkommen verkannt, daß diese Forderung überhaupt nicht mehr durchführbar ist. Bei dem Stand unseres Produktionsapparates und den wirtschaftlichen Bedürfnissen, die zu befriedigen sind, ist es zu einer Unmöglichkeit geworden, etwa die Zeit des Handwerkers wieder anzulernen zu lassen. Mit der Produktion im Großbetrieb, mit Fließ- und Bandarbeit haben wir uns abzufinden. Damit ist es aber unmöglich geworden, eine Verbindung zwischen Produkt und Produzent zu schaffen. Hier gilt es, die fehlenden seelischen Energien bei den Menschen an anderer Stelle auszulösen. Das Erwecken der Schaffensfreude im Arbeiter ist nur möglich, wenn ihm in der Wirtschaft Verantwortung übertragen und er zum Wirtschaftsbürger verwandelt wird. In der Wirtschaft ist nicht das Kapital, nicht Besitz, nicht Eigentum an den Produktionsmitteln das Primäre, sondern der menschliche Geist und die menschliche Arbeitkraft.

Es gilt jetzt dem Faktor Arbeit die Stellung im Wirtschaftsleben zu erringen, die ihm gebührt. Brauchen wir in unserer heutigen Wirtschaft Kapital, so benötigen wir ebenso dringend die Arbeit. Sind beide Faktoren aufeinander angewiesen um zu einem

wirtschaftlichen Erfolge zu gelangen, so ist es das Gegebene, daß sie es aufgeben, den einen Faktor als untergeordnet anzusprechen. Wir müssen das Prinzip der Ebenbürtigkeit beider Faktoren aufstellen, mit all unseren Mitteln zu verwirklichen trachten. Mit dem Durchsetzen des Ebenbürtigkeitsprinzips würden wir jenen Punkt erreichen, wo an Stelle einer planlosen Wirtschaft die planvolle organisierte Gemeinwirtschaft zur Entwicklung kommen kann. Das verwirklichte Ebenbürtigkeitsprinzip würde uns nicht an das Ziel unseres Wollens, wohl aber dahin bringen, daß die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit gebrochen wird. Das Ebenbürtigkeitsprinzip durchzusetzen, kann kein Akt der Überbiegung oder der bloßen Gewalt sein, sondern lediglich durch gesteigerte gesellschaftliche Machtstellung werden wir zum Erfolg kommen. Nicht wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse, wohl aber an der Unreife der Zeit und der Menschen sind die in der Nachkriegszeit mit so großen Hoffnungen eingeleiteten Sozialisierungsbestrebungen gescheitert.

Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung wird sein, daß die fehlende Reife geschaffen und wir so in den Stand gesetzt werden, den entscheidenden Schritt vom Privatkapitalismus zur Gemeinwirtschaft zu gehen.

Die Reichsverfassung enthält eine ganze Reihe von Bestimmungen, welche gesetzliche Maßnahmen in der Richtung unseres Zieles zulassen. Die bisher getroffenen gesetzlichen Regelungen (Vorkläufiger Reichswirtschaftsrat, Reichskohlenrat, Eisenwirtschaftsband, Betriebsräte usw.) sind erste Versuche, die weniger ihres praktischen Erfolges wegen als vor allem aus prinzipiellen Anschauungen heraus so bedeutend sind. Hier gilt es mit aller Kraft für einen weiteren Ausbau einzutreten und zu erreichen, daß die im Artikel 165 der Reichsverfassung zugesagte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft Praxis wird. W. Meißner, Königsberg.

Ergebnisse der Volkszählung 1925

Von Oberregierungsrat Dr. F. Burgdörfer, Mitglied des Statistischen Reichsamts, Berlin.

I.
Ueber die Verteilung der Bevölkerung auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung brachte „Die Gewerkschaft“ schon in Nr. 34 einen Aufsatz des Kollegen Fischer. Die Bevölkerungsstatistik ist stets so lehrreich, daß man sie von verschiedenen Gesichtspunkten betrachten muß. Wir entnehmen daher nachstehenden Artikel dem „Heimatsdienst“, der die Volkszählung wieder von anderer Seite beleuchtet als der vorgenannte Aufsatz. Die Redaktion.

Am 16. Juni 1925 wurde im Deutschen Reich (jedoch ohne Saargebiet) eine groß angelegte allgemeine Volkszählung, verbunden mit einer Berufszählung, einer landwirtschaftlichen und einer gewerblichen Betriebszählung, durchgeführt. Es handelt sich also um ein organisch miteinander verbundenes, sich gegenseitig ergänzendes vierfaches Zählungswerk. Die Volkszählung hat die Aufgabe, Stand und Entwicklung der Bevölkerung in den einzelnen Reichsteilen sowie vor allem die Veränderungen nachzuweisen, die sich im Gefüge des Volkstörpers vollzogen haben (Veränderungen in der Verteilung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Muttersprache usw.). Die Berufszählung gibt einen Einblick in die Erwerbstätigkeit und Erwerbsherrlichkeit des Volkes, in seine berufliche Gliederung (mit weitgehender Unterteilung nach Wirtschaftszweigen und Berufen) und

Woche, wie es das Gesundheitsamt Berlin-Kreuzberg in einer besonderen Ausstellung im einzelnen genau nachgewiesen hat. Also nicht zu großspurig und zu große Sprünge machen, verehrter Magistrat von Düsseldorf.

Es wird ferner hervorgehoben, daß „der Krankenlohn bis zur Dauer von 26 Wochen“ (Krankenlohn, Krankengeld gleich voller Tariflohn) gezahlt wird, was auch wieder ein wenig retuschiert und irreführend ist. . . . Aber abgesehen von diesen und einigen anderen Ungleichheiten muß man durchaus anerkennen, daß die deutschen Städte ein interessantes Bild geben von der völlig veränderten sozial- und kommunalpolitischen Situation seit 1918 und der Vorkriegszeit. Jugendfürsorge und Jugendpflege, Lebensübungen und Sportplätze haben eine gewaltige Erweiterung erfahren in allen Großstädten. Auch die soziale Fürsorge ist entsprechend gewachsen. Nur bezüglich der Wohlfahrtsfürsorge gehen die Meinungen über die Leistungen mander Großstädte weit auseinander. Hier bleibt Wien noch immer das vorbildlichste Gemeinwesen auf dem ganzen Kontinent. Man wird in den nächsten Jahren auch andere Anstrengungen machen müssen, um einermöglichen der berechtigten auf handzuhaben. Die gegenüber den Wohnungsamtern nicht nur, sondern auch gegenüber der Wohnungs-

Briefe von der Gesolei

V. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Es würde verlockend sein, zunächst einiges von den deutschen Städten zu berichten, die sich in anerkennenswerter Weise an der Düsseldorfener Ausstellung beteiligt haben. Vor allen Dingen hat die Stadt Düsseldorf selbst einen besonderen Pavillon eingerichtet. Aber da möchte man gleich mit allerhand stark trübseligen Randbemerkungen dienen. Wir wollen nur herausheben, daß auf einer sich drehenden Platte ein Straßeneiniger in Uniform posiert ist, mit Beinen bewaffnet, der ein Schild zum: „Für mich und meine Familie ist nearest. Ich bringe jede Woche 46 Reichsmark nach Haus.“ Wir wollen hierzu nur sagen, daß das eine aussehende Taktlosigkeit und eine ganz schäbige Darstellung ist. Die Artgerechtigkeit der Stadt Düsseldorf ist nämlich in erster Linie in dem K.M.Z. und damit dem Zentrum unserer Erwerbslosen zu verdanken. Im übrigen kann man selbst mit 46 Reichsmark bei vierköpfiger Familie nicht mitkommen in heutiger Zeit, denn das Existenzminimum ist, nach streng rationellen Erfahrungen ausgebaut, über 70 Ml. pro

seine soziale Schichtung. Die landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung endlich haben die Aufgabe, die Zellen der Wirtschaft, d. h. die Betriebe, nach Zahl, Art und Größe, ihrer Ausstattung mit menschlicher und motorischer Kraft usw. zu erfassen und damit ein genaues Bild von der Struktur der Volkswirtschaft und den Wandlungen, die sie von Zählung zu Zählung erfahren hat, zu geben. Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung stellt so gewisse Querschnitte durch das ganze Gefüge des Volkstörpers und der Volkswirtschaft dar.

Solche Querschnitte können selbstverständlich nur in größeren Zeitzwischenräumen vorgenommen werden. Die Volkszählungen wurden vor dem Kriege alle fünf Jahre veranstaltet, letztmals 1910. Berufs- und Betriebszählungen wurden im alten Reich bis zum



Ausbruch des Krieges im ganzen drei durchgeführt, nämlich 1882, 1895 und 1907, also in Zeiträumen von 12 bis 13 Jahren. Bei der Zählung von 1925 ist erstmals eine allgemeine Volkszählung mit einer Berufs- und Betriebszählung verbunden worden.

Wie ihre Vorgängerinnen ist die Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1925 für Gesetzgebung und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft von grundlegender Bedeutung. In ihr kommt angelegentlich der tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, welche sich in den letzten zwei Jahrzehnten, besonders aber im Gefolge des Krieges und des unglücklichen Kriegsausganges, infolge der Verluste an Gebiet und Bevölkerung, an landwirtschaftlicher und industrieller Produktionsbasis, an inneren und äußeren Absatzmöglichkeiten, vollzogen haben, eine praktische Bedeutung zu, die noch über die der früheren Zählungen hinausgeht. Sie ist als eine das ganze Volk und die ganze Volkswirtschaft umfassende Inventur betrachtet, nicht nur der gesamten Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstruktur wieder ein neues, sicheres Fundament zu geben, sondern sie soll vor allem der gesamten Wirtschafts-, Sozial- und Bevölkerungspolitik des Reichs, der Länder und der Gemeinden durch zahlenmäßige Feststellung und Erklärung der Tatbestände zuverlässig

baupolitisch unserer deutschen Großstädte gemacht worden ist. Wir möchten uns aber vorbehalten, in einer besonderen Abhandlung die politischen Leistungen der deutschen Städte, wie sie in der Düsselbacher Ausstellung dargestellt sind, zu behandeln. In diesem Zusammenhange sollte nur angedeutet werden, daß man auch hier ohne die berührte Wohlstandstendenz sein kann...

Doch nun zu der Ausstellung unseres Verbandes. Da ist zunächst die Frage der ersten Frage des ADGB-Hauses. Sie ist in ihrer Gesamtwirkung unseres Erachtens recht gut gelungen. Neben dem inneren Organisationsaufbau sind besonders bemerkenswert die Leistungen unseres Verbandes. Da steht mit Recht der Exp. an der Spitze: „Ohne Gewerkschaft ist keine Arbeiterfürsorge.“ Greifen wir nur ein paar Proben heraus.

1900: 4723 Verbandsmitglieder; es hatten 920 Urlaub, 6200 einen Krankengeldzuschuß und 6180 Ruhegeld — in ganz Deutschland —.

1910: 37 000 Verbandsmitglieder; 85 000 Urlaub, 65 000 Krankengeldzuschuß und 63 000 Ruhegeld.

1925: 200 000 Verbandsmitglieder; 323 000 Urlaub, 323 000 Krankengeldzuschuß und 185 000 Ruhegeld.

fige Unterlagen zur Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen bilden.

Nach ihrem inneren Aufbau und dem Umfang des Erhebungs- und Bearbeitungsprogramms ist die Zählung von 1925 das größte Zahlungswerk, das je in Deutschland durchgeführt wurde. Das Gesamtgewicht der ausgefüllten Erhebungspapiere (15 1/2 Millionen Haushaltungskarten, über 5 Millionen Land- und Forstwirtschaftsbögen, 3,2 Millionen Gewerbetagen) wird auf 320 000 bis 350 000 Kilogramm beziffert. Die Prüfung, Ergänzung und statistische Durchbearbeitung eines so umfangreichen Erhebungsmaterials erfordert naturgemäß nicht nur erhebliche Kosten (diese werden sich auf 12 bis 15 Millionen Reichsmark belaufen), sondern — trotz aller modernen Hilfsmittel, wie elektrischer Loch-, Zähl- und Rechenmaschinen, wie sie bei einzelnen statistischen Landesämtern angewendet werden — auch erhebliche Zeit. Aber trotz des gewaltigen Umfangs und der Kompliziertheit des Zahlungswerts kann demnach gerechnet werden, daß die Hauptergebnisse aller vier Zählungen verhältnismäßig früher vorliegen werden, als das bei den großen Reichszählungen vor dem Kriege der Fall war und auch bei den entsprechenden Zählungen des Auslandes der Fall ist. Die Reichsergebnisse der Berufszählung, der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Betriebszählung werden vermutlich noch im Herbst dieses Jahres bereitgestellt werden können.

Für die Volkszählung liegen bis jetzt schon ziemlich eingehende und wichtige — wenn auch zum Teil nur vorläufige — Ergebnisse vor, die das Statistische Reichsamt bereits in seiner Halbmonatschrift „Wirtschaft und Statistik“ sowie in den Sonderheften 2 und 3 zu dieser Zeitschrift veröffentlicht hat. Einige besonders beachtliche Ergebnisse der Volkszählung sollen nachstehend an Hand dieses amtlichen Quellenmaterials kurz beleuchtet werden.

1. Die Einwohnerzahl des Deutschen Reichs im Vergleich mit dem Ausland.

Die am 16. Juni 1925 im Zollgebiet ermittelte Wohnbevölkerung beträgt rund 62 500 000.

Rechnet man noch das Saargebiet, in dem wegen der vorübergehenden Vortrennung von der deutschen Verwaltung nicht gezählt werden konnte, nur seinen rund 770 000 Einwohnern hinzu, so kann die Bevölkerung des Deutschen Reichs heutigen Umfangs auf rund 63,1 Millionen beziffert werden. Das ist die gleiche Einwohnerzahl, die das Deutsche Reich früheren Umfangs bereits Ende 1908 aufzuweisen hatte. Bei der Reichsgründung (1871) gab es im damaligen Reichsgebiet rund 41 Millionen Einwohner. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte das Reich rund 68 Millionen Einwohner. Das alte Reich hat somit in einem Zeitraum von etwas über vier Jahrzehnten seine Bevölkerungszahl um 27 Millionen oder um rund zwei Drittel (65,1 v. H.) erhöht. In diesem fortwährenden Bevölkerungswachstum, das fast ausschließlich auf eigener Kraft beruhte und durch Zuwanderung von außen kaum unterstützt wurde — zeitweise und im ganzen gerechnet überwog sogar die Abwanderung ganz erheblich die Zuwanderung (um rund 2 1/2 Millionen von 1871 bis 1910) —, trat durch den Krieg und seine Folgen ein schwerer Rückschlag ein. Rund 2 Millionen deutsche Männer im produktiven Alter sind unmittelbar dem Krieg zum Opfer gefallen (Kriegsgeorbene einschließlich der noch heute Vermissten), über drei Viertel Millionen hat die Hungerblockade unter der Halbbevölkerung

ebenfalls bemerkenswert sind die Feststellungen in unserer statistischen Zeitschrift über die Arbeitszeit, die mit Recht einen ausgedehnten Raum in der Ausstellung einnimmt. In Gemeindebetrieben war der Arbeitsantrieb in 69 Proz. vorhanden, in gewerkschaftlichen Betrieben 67 Proz. und in den Kreis-, Provinz- und öfterlich rechtlichen Betrieben 62 Proz. Von den im Geltungsbereich unserer Organisation befindlichen 325 000 Arbeitern waren in unserem Verband organisiert 200 000, in anderen Verbänden 65 000, nichtorganisiert 100 000 nach dem Stand vom 1. Januar 1926.

Einige für unsere fünfte Konferenz der Reichsleitung Gesundheitswesen bemerkenswerte Zahlen sind besonders in der Spezialausstellung „Der Mensch“ zu finden in einer für uns etwa eingerichteten Sonderkiste. Darin wird unter anderem festgestellt, daß die Zahl der Erkrankten im Gesundheitswesen in 30 Jahren bei rund 500 000 Befragten 32 000 betrug. Andere und gegenüberliche Verbände zählten 2000, Inorganisierte rund 15 000. Wenn auch nicht werden muß, daß infolge der unbestimmten Grenzen der Daten-Materialien und anderer eine genauere Überseht vorerst nicht gegeben werden kann, wenn nicht die Betriebszählung von 1925 bald ein genaueres Bild gibt, so ist doch jetzt festzustellen,

dahingerafft, rund 3 Millionen Kinder sind infolge des Krieges (bis Ende 1919) ungeboren geblieben und endlich hat das Deutsche Reich auf Grund des Vertrages von Versailles ein Gebiet von mehr als der doppelten Flächenabdehnung des Königreichs Belgien (70.579 Quadratkilometer) mit rund 7 Millionen Einwohnern (nach dem heutigen Stand) an andere Staaten abtreten müssen. Ohne den Krieg und seine Folgen würde das Deutsche Reich heute wohl über 75 Millionen Einwohner zählen.

Aber auch mit seinen 63 Millionen Einwohnern von heute ist das Deutsche Reich nächst Rußland immer noch der volkreichste unter den drei Dutzend europäischen Staaten. Von den 454 Millionen Einwohnern Europas entfallen rund 100 Millionen oder 22 v. H. auf das europäische Rußland, 63 Millionen oder rund 14 v. H. auf das Deutsche Reich; an dritter Stelle folgt Großbritannien (einschl. Nord-Irland) mit 44 Millionen oder 9,7 v. H., dann kommen Frankreich und Italien mit je 39 Millionen oder 8,6 v. H.

Rechnet man den derzeitigen Kolonialbesitz der einzelnen Weltmächte außer Betracht, so steht das Deutsche Reich auch heute noch an vierter Stelle.

Sieht man von den staatlichen Grenzen ab, die, im Gegensatz zu anderen Völkern, heute das deutsche Sprachgebiet unter 15 Staaten verteilen, so ergibt sich, daß dieses deutsche Siedlungs- und Sprachgebiet im Herzen Europas mit über 80 Millionen Deutschen das zahlenmäßig stärkste Siedlungsgebiet aller europäischen Völker darstellt und daß es in seiner Einwohnerzahl nur noch von dem chinesischen, indischen und gesamt russischen Volkstum übertroffen wird.

Wirtschaftspolitische Theorien

II. Die Physiokraten.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts brachten grundlegende Veränderungen durch eine Fülle neuer Erfindungen dem Wirtschaftsleben eine bisher nicht gekannte Entwicklung. An Stelle des „ehrbaren“ Kaufmanns schied sich der warenproduzierende Kapitalist in den Vordergrund. Im Grunde genommen war der Merkantilismus bevormundend, despotisch, absolutistisch, er degradierte den Staat zum Nachwachter. Nur der Staat, nicht das Individuum regelte wirtschaftliche Angelegenheiten. Charakter der absoluten Staatsgewalt, nebst Notwendigkeit allgemeiner Fürsorge ist die Grundannahme dieser bevormundenden Ordnung der Wirtschaftspolitik. Der Staat ist alles, der Einzelne nichts. Dadurch, daß die Industrie die Heberhand über die Landwirtschaft bekommt erweist sich die bisherige Ordnung als unhaltbar. Eine Aufklärungsphilosophie entsteht. Auf wirtschaftlichem Gebiete erleben wir die neue Lehre der Physiokraten. Sie vertreten die Ansicht, daß nur die Landwirtschaft neue Werte schafft, daß nicht im gleichenden Golde das Glück der Völker und Staaten zu finden sei. Nicht das Metall kann fäuligen oder vor Frost schmelzen. Je üppiger die Bevölkerung leben kann, desto reicher der Staat, weil er um so mehr Steuern einziehen kann. Die Landwirtschaft ist es, die dem Boden das Korn, das Holz, das Erz usw. entlockt. Sie, nicht der Handel ist der wahre Quell des Reichtums. Nur auf der Herzeugung, vor allem des Ackerbaues, beruht die Erzeugung der Güter und auch die arbeitsteilige Volkswirtschaft. Geld, Handel, Verkehr und Gewerbe sind bloße stoffumwandelnde und ortsverändernde Tätigkeiten. Den eigentlichen Wohlstand erzeugt der Ackerbau, da er den Menschen Rohstoffe

liefert und sie ernährt, produktiv, schöpferisch ist allein die Arbeit des Landmannes. Die gewerblich Tätigen, welche Rohstoffe des Landwirtes verarbeiten, schaffen nichts Neues, sie verdienen nur ihren Unterhalt in Lohn. Die erste physiokratische Lehre stellte der Franzose Duquoy auf. Nach ihm ist die Klasse der Landpächter die eigentliche produktive Klasse, ihr gegenüber steht die Eigentümerklasse des Grund und Bodens, die sich vornehmlich politisch betätigt. Eine unfruchtbare Klasse sind die Handels- und Gewerbetreibenden. Diese drei Klassen rechnet Duquoy zu den aktiven Bevölkerungsklassen, die allein über wirtschaftliche Aktivität verfügen, während die vierte Klasse der Lohnarbeiter passiv ist, da sie nicht aus Unternehmern besteht, sondern durch ihr festes Einkommen nur für den Verbrauch da ist.

Die Handelsbilanzlehre des Merkantilismus wird verworfen. Getreideausfuhrbeschränkungen müssen fallen, die Landwirtschaft muß möglichst hohe Getreidepreise erhalten, auf diese Weise erhalten Unternehmer und Arbeiter hohes Einkommen, so wird der Wohlstand gefördert. Der Glaube an die absolute Gerechtigkeit entfällt, er führt zu der Annahme der natürlichen, durch das Leben der Menschen von selbst gegebenen Ordnung der Dinge, man braucht die menschlichen Handlungen und Gesetze hiermit nur in Übereinstimmung zu bringen. Die von Menschen geschaffene soziale Ordnung muß sich nach den Gesetzen der natürlichen Ordnung richten. Oberstes Gesetz ist die größtmögliche Vermehrung der Annehmlichkeiten durch größtmögliche Herabsetzung der Kosten. Freier Wettbewerb muß Grundlag sein. Daher muß persönliche Freiheit, Verweis-, Gewerbe- und Verbrauchsfreiheit, Privateigentum und Freizügigkeit garantiert werden. Berühmt wurde der Grundsatz der Physiokraten: Laissez faire und gehen, die Welt geht von selber. Die Harmonie der Interessen stellt sich so nach dem freien Spiel der Kräfte selber her. So kann die große Masse der Bevölkerung aus ihrem Elend (in das sie der Feudalismus schlug) befreit und zum Wohlstand emporgeloben werden. Vereintigt sich der Reichtum aus der Landwirtschaft in den Händen der Grundherren, so müssen auch diese allein Steuern zahlen, lehnen die Physiokraten. Indirekte Steuern wurden von ihnen als verkehrshindernd und das Volk belastend abgelehnt.

Der Name Physiokraten oder Oekonomisten stammt daher, weil sie allen Reichtum von der Natur ableiteten. Nur die Natur, nur die Erde bringt wirkliche Güter hervor. Die Industrie, das Gewerbe schafft an sich nichts, sie verändern nur die von der Natur gebotenen Grundstoffe. Besonders wandten sie sich gegen den Handel. Ist der Merkantilismus der Vater der modernen Schutzpolitik, so sind Physiokraten als die Väter des Freihandels zu benennen. Nichts bezeichnet so grell die sprunghafte Entwicklung wirtschaftspolitischer Ordnung als die Physiokraten als Gegenwirkung gegen den Merkantilismus. So einseitig das System und so falsch seine Auffassung von der Natur als einzig produktive Tätigkeit ist, so gründlich hat es die Lehre von der Oberherrlichkeit des Goldes und des Handels und Gewerbes zerstört. Inwieweit ist sie richtig, daß es verteilbarer ist, nützliche Güter als gleichendes Geld zu besitzen. Auch hat sie nachgewiesen, daß Mehrausfuhr nichts anderes bedeutet, als geringeren Verbrauch im Inlande, daß nur Ausfuhr gegeben ist durch Einfuhr im Tauschverkehr. Vor allen Dingen ist sie ein fürchterlicher Begebener zur glänzenden Entwicklung des Kapitalismus durch Beseitigung aller Fesseln des Zunft- und Zöllnzwanges geworden.

Hermann Kruse.

daß es noch viele schwarze unorganisierte Winkel gibt, denen wir heimkommen müssen. Das macht sich nun auch auf anderen Gebieten bemerkbar, insbesondere bei der Darstellung der Arbeitszeit. Gewiss, 1913 hatten sechs Pfleger nach einer Zusammenstellung auf einer Station eine wöchentliche Arbeitszeit von 507 Stunden — 81 $\frac{1}{2}$ Stunden pro Woche. 1926, als die Verhältnisse bereits wieder wesentlich ungünstiger geworden waren infolge der Arbeitszeitverordnungen, hatten sieben Pfleger auf der gleichen Station 350 Stunden = 50 Stunden pro Woche, d. h. in sieben Tagen. Hier ist also in den Großstädten die 4stündige Arbeitszeit nur wenig überbrüht worden. Hingegen haben die beamteten Kollegen in den Provinzialanstalten usw. an vielen Stellen die Vorkriegsarbeitszeit wieder bekommen. Es muß mit vereinter Anstrengung dafür gekämpft werden, daß wieder ein menschenwürdiger Arbeitstag auch in diesen Anstalten eingeführt wird.

Von unseren Lohnbewegungen wäre noch zu sagen, was wir einer Statistik von 1907 entnehmen können: Ein Handwerker hatte 28,8 Arbeitsstunden im Jahr zu leisten zu je 56 Pf. 25 leistete er 26,2 Arbeitsstunden zu 95 Pf., wobei man allerdings bedenken muß, daß der Reallohn um nahezu 40 Proz. geringer

ist als in der Vorkriegszeit. So ist denn auch in einer Aufstellung mit der Überschrift: „Was war! Was ist! Was sein kann und werden muß!“ eine interessante Darlegung gegeben, die wir unseren Kollegen, soweit sie die Aufstellung bekräftigen, zu besonders eingehendem Studium empfehlen möchten. Können wir das Ganze zusammen, so läßt sich feststellen, daß die Statistiken unseres Verbandes in den beiden dafür eingerichteten Aufstellungslosen immerhin ein Heberblick geben von dem, was unser Verband seit seinem Bestehen geleistet hat und daß wir bei unserem dreißigjährigen Bestehen einen Heberblick gewinnen über eine Spanne Zeit, die soviel Fortschritte aufweist, wie sie früher kaum in einem Jahrhundert erlebt werden konnten. Es ist in dieser Zeit der fortgeschritten wirtschaftlichen und politischen Wandlungen und Revolutionen notwendig, daß jedes Mitglied unseres Verbandes seine äußerste Tatkraft daran werdet, um auch in der folgenden Zeit mit vereinter Kraft die Beherrschung der Gemeinde- und Staatsarbeiten zu fördern und zu erreichen. Die Danksagung der Aufstellung gibt einen Teilabschnitt unseres Wertes, der uns mit frohem Mut und guter Hoffnung für die Zukunft erfüllt.

21.

Metallarbeiterverband in seiner Wirtschaftsschule in Dürrenberg bei Leipzig. Diese Schule ist, eben weil sie allein dem Deutschen Metallarbeiterverband gehört, nicht gezwungen, den gesinnungsmäßigen oder tatsächlichen Unterschieden in den Richtungen der Gewerkschaftsbewegung Rechnung zu tragen. Sie ist eine der wenigen ausschließlich freigewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen. — Außerdem veranstalten außer unserem Verband noch einige andere Zentralverbände, so die der Fabrikarbeiter und der Textilarbeiter regelmäßige Wanderunterrichtskurse für ihre Funktionäre. Es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel auch von anderen Organisationen befolgt würde. — Von örtlichen gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen läßt sich leider nicht viel berichten. Wenn überhaupt Vorträge und Kurse der Gewerkschaften in einzelnen Orten veranstaltet, so geschieht dies meistens leider in Verbindung mit den Volkshochschulen, die sich hier und da in größeren Städten befinden. Eigene freigewerkschaftliche Bildungseinrichtungen örtlichen Charakters sind zurzeit noch sehr dünn gesät.

Eine einzige Ausnahme davon macht Berlin, das für die rund 400.000 Mitglieder zählenden örtlichen Berliner Verwaltungen seit dem Jahre 1921 eine besondere Schule unterhält. Diese Berliner Gewerkschaftsschule wird natürlich nicht, wie die zentralen Institute in Form eines Internats, sondern in Form von Abendunterrichtskursen durchgeführt. Obwohl diese Form der Arbeiterbildung im allgemeinen einen extensiven Charakter trägt, hat man in Berlin versucht, den im allgemeinen lockeren und nicht tief genug schürfenden Abendunterricht gründlich zu intensivieren. Das ist einmal dadurch erreicht worden, daß man von vornherein den Lehrplan auf solche Unterrichtsstunden begrenzte, die für den praktisch tätigen Gewerkschafter unbedingt notwendig sind: Volkswirtschaft, Privatwirtschaft und Betriebslehre, Arbeitsrecht, Gewerkschaftswesen, Sozialpolitik. Daneben findet auch die Kulturpolitik, als Grenzgebiet, eine gewisse Berücksichtigung. Die eigentliche Maßnahme aber, die den Unterricht wirklich zu einem gründlichen und tiefgehenden ausgestaltete, bestand darin, daß man von dem bisher an den Schulen geübten Prinzip der Zerlegung der Unterrichtsgebiete in einzelne Zeitkurse abging und den Lehrplan nach drei aufeinanderfolgenden Stufen aufbaute. — Die Unterstufe umfaßt allerdings nur kurze Einführungsstufen soziologischen Charakters, die dem Schüler klären verschaffen sollen über die Stellung des Arbeiters zu seiner gesellschaftlichen Umwelt. In ihren pädagogischen Absichten zielen sie darauf hin, die meistens jahrelang mehr oder weniger geistig untätig geworden, jeder gründlichen systematischen geistigen Beschäftigung entzogenen jüngeren und älteren Arbeiter auf die systematische Verarbeit der beiden folgenden Stufen vorzubereiten. Erst nach Abkürzung dieser Unterstufe beginnen die eigentlichen Kurse, die, zusammengesetzt als Anfänger- oder Fortschrittenenarbeitsgruppen, jeweils vom Oktober bis Juli des nachfolgenden Jahres laufen. Jeder Lehrgang dauert also zwei Jahre, in deren Verlauf im ganzen 70 bis 80 Unterrichtsabende erteilt werden. Nach Ablauf dieser Kurse können die befähigten Schüler in die Seminare hineingehen, um dort noch einmal zwei bis unter Umständen vier Jahre das erarbeitete Wissen gründlich zu unterbauen und abzurufen. Damit ist ein systematischer Aufbau geschaffen worden, der jedem wirklich ernsthaft lernenden Arbeiter die Möglichkeit gibt, sich auf den erwählten Gebiete eine gründliche Durchbildung anzueignen und der Gefahr der Halb- und Unbildung zu entgehen. Selbstverständlich bedeutet die umfangreiche und eingehende Arbeit, die von den Schülern gefordert wird, eine starke Anspannung aller geistigen Kräfte. Durchaus nicht alle Hörer, die einen solchen Lehrgang beginnen, bleiben ihrem Vorsatz treu. Eine erhebliche Anzahl springt, oftmals aus äußeren zwingenden Gründen, im Laufe der zwei Jahre ab, ohne den Studiengang zu vollenden. Das ist an sich kein Schaden, weil dadurch zugleich eine automatische Anlese der wirklich befähigten Kräfte herbeigeführt wird. Von den Hörern, die die Energie aufgebracht haben, mehrere Jahre lang durch an ihrer geistigen Weiterbildung im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen systematisch zu arbeiten, kann mit Arg und Recht erwartet werden, daß sie nicht nur ihrer Organisation treu bleiben, sondern darüber hinaus die Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung als Lebensaufgabe erwachen.

Eine Institution wie die Berliner Gewerkschaftsschule muß aber auch auf die große Zahl derer Rücksicht nehmen, die durch ihre Berufstätigkeit oder aus anderen Gründen nicht instande sind, jahrelang an einer solchen Arbeit teilzunehmen. Sie regt deshalb die einzigen örtlichen Verwaltungsgestalten der Verbände zu Sonderkursen an, die für die Funktionäre dieser Organisationen, hauptsächlich auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens und der Sozialpolitik verankert werden und die immer nur eine kurze Reihe von Abenden (1 bis 10) umfassen. Außerdem werden auch gewiss wirtschafts-

politische, arbeitsrechtliche und sozialpolitische Einzelfragen in den zentralen Sonderkursen der Gewerkschaftsschule erörtert. Für die Ausbildung der Betriebsräte kamen bisher hauptsächlich die Sonderkurse der einzelnen Verbände in Frage. Ab Herbst 1926 wird jedoch außerdem noch ein wöchentlicher Informationsabend für Betriebsräte im Rahmen der Schule abgehalten werden.

Es ist klar, daß eine so ausgebaute ständige Schule nur von ganz großen Ortsauschüssen, wie z. B. Berlin, unterhalten werden kann. Kleine Ortsauschüsse werden sich auf gelegentliche Einzelvorträge und Vortragsreihen beschränken müssen, wozu ihnen vom Bundesvorstand durch die Bezirkssekretariate in den letzten Jahren auch finanzielle Beihilfen gewährt worden sind.

Die Berliner Gewerkschaftsschule beginnt in den Tagen vom 11. bis 15. Oktober 1926 einen neuen Lehrgang. Unterrichtsverzeichnis und Lehrplan werden in ihren Vierteljahreshften Ende August veröffentlicht. Allen Interessenten wird anheimgestellt, sich den Lehrplan des kommenden Unterrichtsjahres von der Schule einzufordern.

Für die Frauen

„Dienen lerne beizeiten . . .!“?

„An des Herzens heilig stille Räume mußt du fliehen vor des Lebens Drang.“ Wer kennt nicht dieses Zitat von Schiller, das so zutreffend ist für fast jeden Menschen. Wohl jeder hat einmal das Bedürfnis, in seines Herzens stille Räume zu fliehen, einmal mit sich und seinen Gedanken allein zu sein, vielleicht gar einmal alte, liebe Erinnerungen wachzurufen. Mir selbst kommen solche Stunden immer wie Feiertage vor und unlängst fiel mir dabei mein Album in die Hände, in dem sich Freundinnen und Schulfreundinnen zur unauslöschlichen Erinnerung eingetragen haben. Blatt für Blatt las ich noch einmal und vor meinem geistigen Auge erschienen mir alle diese Kameradinnen. Wenn ich heute diese Sprüche lese, so glaube ich wohl, daß viele der Schülerinnen zu der Zeit, als sie durch ihre Sprüche nur ein Andenken an sie schrieben, den Inhalt nicht recht verstanden haben. Besonders an einem Blatt blieb mein Auge haften. Da stand mit großen markanten Buchstaben: „Dienen lerne beizeiten das Weib nach ihrer Bestimmung“. Ich war damals 17 Jahre, als diese Freundin diese Bestimmung in mein Album schrieb. Ich kann mich recht wohl befinden, daß schon damals sich mein Inneres gegen diesen Spruch aufbäumte und rebellierte und ich die Frage aufwarf: Warum ist es Bestimmung des Weibes, zu dienen? Heute weiß ich, daß vielleicht diese Freundin, die einige Jahre älter war als ich, wohl den Sinn des Spruches selbst nicht erkannt hatte, vielleicht auch gar nicht einmal darüber nachgedacht hatte als sie ihn niederschrieb, vielleicht aber stellte sie sich als höchstes Glück vor, einem Mann zu dienen und ihm untertan zu sein. Ich selbst bin heute zu der Erkenntnis gelangt, daß dieser Spruch, den Goethe in „Hermann und Dorothea“ geprägt hat, für unsere Zeit, und ich kann wohl sagen besonders für die Arbeiterklasse, nicht zutrifft oder, besser gesagt, eigentlich nicht mehr zutreffen sollte. Freilich muß die Frau — und ich denke hier besonders an die verheiratete Frau — den Haushalt führen und ihren Beruf als Mutter, für den sie schon durch ihre natürliche Veranlagung bestimmt ist, erfüllen. Doch braucht sie dadurch nicht zur Dienerin des Mannes gestempelt zu werden. Leider aber ist die Tatsache zu verzeichnen, daß noch in vielen Familien die Frau zur Dienerin degradiert wird, leider auch sich selbst degradiert. Ja, viele Männer, die sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung als tüchtige Mitglieder auszeichnen, die sich auch innerhalb der Arbeiterklasse für die Gleichberechtigung der Frau einsetzen, sprechen doch innerhalb ihres Familienkreises der Frau diese Gleichberechtigung ab. Hier einmal Wandel zu schaffen, muß erstes Gebot der Männer sein. Sie müssen ihre Frauen auch geistig zu fördern versuchen, sie mit zu Vorträgen nehmen, wozu sich ja heute Gelegenheit genug bietet. Sie müssen auch Geduld zeigen, wenn die Frau auf manche Fragen Antwort verlangt. Viele Hausfrauen, die den ganzen Tag über sich nur im Haushalt betätigen, nur für ihre Familie leben und arbeiten, kümmern sich selten um die Geschicke der Welt; das ist im übrigen das, was ich oben sich selbst degradierten nannte. Bei festlichen Gelegenheiten, wie z. B. bei Geburtstagen, Weihnachten, besonders aber zur Maifeier und Revolutionsfeier, sollten die Männer ihre Frauen mit einem guten Buche bedenken. So werden die Frauen nach und nach ablassen von den Romanen der Marlitt, Hamburg, Courths-Mahler und wie sie alle heißen. Sie

werden mit der Zeit selbst den Unterschied zwischen diesen Bäckern feststellen können und den selbst zu einem guten Bude preisen. — In diesem Sinne in ihrem Familienkreise zu wirken, ist Pflicht der Hausbewohner Genossen. Sie bringen dadurch der Frau, die heute die politische Gleichberechtigung besitzt, auch die häusliche; sie erheben dadurch die Frau zu ihrem Kameraden.

Hanna Richter.

◆ Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse ◆

Die Verhältnisse der Kaufleute gegen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften. Die bei Ausübung ihrer Arbeit in dem Bereiche vorgenannter Arbeiter haben, sofern der Betrieb unfallversicherungspflichtig ist, zunächst die gleichen Ansprüche gegen die Krankenkasse wie andere erwerbstätige Personen. Die Krankenkassen sind verpflichtet, ihnen Leistungen zu gewähren, solange die zu leistenden Berufsgenossenschaften nicht eingetreten sind. Durch diese Regelung soll verhindert werden, daß Verluste ohne jede Rücksicht auf die Krankenkassen die Berufsgenossenschaft die Fürsorge für den Verlust, was bei schweren Unfällen fast durchweg der Fall ist, so bleiben die Krankenkassen nur zur Vorüberdauer verpflichtet, was die Leistungen der Berufsgenossenschaft übersteigt. Es kann sich hier nur um Kronengeld handeln, das manchmal bei den Krankenkassen höher ist. Die Leistungspflicht der Krankenkassen ruht, solange der Verlust von der Berufsgenossenschaft Krankenhauses oder Heilanstaltens erhält. Während dieser Zeit erhält der Verluste ein Tagesgeld in Höhe von insoweit einem Zwanzigstel des Jahresarbeitverdienstes. Ferner erhalten die Angehörigen ein Familiengeld in Höhe der Rente, die ihnen bei seinem Tode zuzuführen würde. Die Krankenkassen können im übrigen nur bis zur Verdünnung ihrer Leistungspflicht, das sind in der Regel 26 Wochen, in Anspruch genommen werden. Eine Rente steht dem Verlusten insoweit mit Beginn der 27. Woche nach dem Unfall zu. Er kann sie aber auch schon oder erhalten, nämlich, wenn aus irgendwelchen Gründen die Krankenkasse nicht mehr zur Krankengeldzahlung verpflichtet ist. Die Rente wird nicht gewährt, wenn die durch den Unfall hervorgerufene Arbeitsunfähigkeit 13 Wochen übersteigt.

Die Familienhilfe der Ortskrankenkassen. Eine der wichtigsten Leistungen der Ortskrankenkassen in der heutigen Zeit ist die Familienhilfe. Die Beihilfen, die in den allermeisten Fällen nicht in der Höhe sein werden, für ihre Angehörigen Arzt- und Heilanstalten von hohen Entlohnungen zu befreien, können durch diese Leistung mit dem entfallen werden. Einmal übersteigt aber die Gewährung der Familienhilfe durch die Ortskrankenkassen gibt in besonderer Weise das vom Kammerverband Deutscher Krankenkassen herausgegebenen Jahrbuch der Krankenkassen für 1925. Danach gewähren von 187 Ortskrankenkassen mit 8.000.000 Mitgliedern 907 mit 8.004.277 Mitgliedern Familienhilfe. Es kann daher mit gutem Recht gesagt werden, daß die überwiegende Mehrheit der Ortskrankenkassen diese so notwendige Leistung einschließt. Besonders hervorzuheben ist, daß dafür keine besonderen Beiträge erhoben werden. Nur 51 Kassen mit 205.510 Mitgliedern erheben Beiträge, die aber nur als Anwartschaftsgelder zu werten sind, da sie im Durchschnitt 0,30 Mk. für eine Woche nicht übersteigen. Der Umfang der Familienhilfe ist verschieden, da die Ortskrankenkassen sich hier nach den Bedürfnissen der Versicherten richten. Die ärztliche Behandlung übersteigt die anderen Leistungen bedeutend. Sie sind von 823 Kassen voll und von 52 teilweise durch Zuschuß gewährt. Schwerkräftige Bewandlung leisten 45, 68,7 Prozent voll und 148 teilweise. Arznei und Heilmittel gewähren 41, 43,75 Prozent Kassen voll und 21 teilweise. Die Krankenhausbehandlung wird ganz gewährt von 204 Kassen, während 574 einen Zuschuß dazu leisten. Die Dauer der Familienhilfe erstreckt sich in den meisten Fällen auf 13 Wochen. Es gibt aber auch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Kassen, die 26 und mehr Wochen leisten. In der Regel erhalten Familienhilfe die Ehefrauen, leiblichen, Stief-, Adoptiv- und Enkelkinder. Zusammenfassend ergibt sich, daß die Ortskrankenkassen, entsprechend der Bedeutung der Familienhilfe, in ihrer überwiegenden Mehrheit ohne besondere Belastung von Arbeitnehmern und Versicherten diese im Interesse der Vollgesundheit notwendige Aufgabe voll erkannt haben.

◆ Aus den Gemeinden ◆

Erdöffnung der städtischen Betriebe in Duisburg und Hamborn. Bei der Zukunftsrechnung Duisburg und der Vorort Hamborn park reduziert, der Volkswagenpark fast gänzlich erschafft, mit der Begründung, er sei zu teuer und die Person umrechnen wären billiger. In Hamborn glaubt man den Zweckzweck ein, der Volkswagenpark wird ganz erschafft, um denselben Zweck zu erfüllen. Das hat zur Folge, daß 62 Arbeiter entlassen werden. Umrechnen ist nun die Ursache, es müssen nur 10.000, das allgemein ist ein sehr hoher Betrag, von dem Volkswagenparkern einen die höchsten Beträge erhalten und auch die 10.000 für ein sehr hohe Betrag, da die Erhaltung der städtischen Betriebe unmöglich machen. In dem das nächste Jahr

der Unternehmer erreicht und die städtischen Betriebe haben ihre Wasserwerke angekauft, dann werden die Städte Preise zahlen müssen, die weit über das hinausgehen, was heute die eigene Regie kostet. Beispiele könnten wir aus der Vergangenheit genug anführen. (Dachauerisch.) Die Unternehmer bieten heute ihr Gaspann, Mann, Pferd und Wagen für 8 Mk. pro Tag an. Würde man bei vielen Preisen die Kalkulation zu den denkbar billigsten Gaspann- und Unterhaltungskosten ansetzen, so ist die Erhaltung eines Gasbrunnens unrentabel, und schon aus dieser Tatsache ergibt sich das, was wir eben angeführt haben. Um aber bei diesem Anbieten an die Stadtverwaltungen betr. der Preise nicht immer früher handlung zu machen, bis die Städte ihren Fort abgebaut haben, machen sie u. a. folgendes Beispiel: Im Laufe der letzten Jahre ist ein Teil älterer städtischer Arbeiter entlassen oder pensioniert worden, weil ihre Arbeitsleistungen den Anforderungen der Stadt nicht mehr entsprechen. Heute müssen wir feststellen, daß von der Seite von der Stadt Duisburg pensionierte Arbeiter beim Unternehmer für 18 Mk. pro Woche beschäftigt sind und die früheren städtischen Arbeiter für den Unternehmer bei der Stadt arbeiten. Andererseits muß man feststellen, daß auch jüngere Arbeiter von 16 Jahren beim Privatunternehmer beschäftigt werden und dann für diesen die Arbeiter bei der Stadt verrichten. Auch haben die Gaspanne bei den oben angegebenen Preisen zu mindern über. Bei der Durchführung oder geschäftlicher Maßnahmen haben die Unternehmer unzulässige Erträge durch die Gemeindevorsteher der städtischen Betriebe. Man sieht also, warum die in eigener Regie ausgeführten Arbeiten teurer sind als die vom Privatunternehmer, so kann ertrags die Regie gehalten werden, ob so viele Kasse zur Leistung eines solchen Betriebes nötig sind. Hier kommt ein erheblicher Kosten einzufließen werden. Zweitens ist außerdem keine Kontrolle für Ertragsverluste vorhanden. Jede einzelne Abteilung handelt nach eigenem Ermessen und bestrebt sich, den Betrieb, wo sie will, zu erhalten. Man sieht also, wie im Straßenbau, Kanalbau, Gartenbau usw., in eigener Regie ausgeführt, so würde auch hier eine Verstaatlichung eintritt, weil die Verstaatlichung die Kosten sind, ob mehr oder weniger Verminderung der Kosten, je weniger, um so teurer, je mehr, um so billiger. Zur Abhilfe der Sache kommt die Verstaatlichung ein schließlich durch Einziehung des Betriebes und Einfließen von Arbeitsmitteln. Sollte werden nicht abgebaut, sondern durch der neu einzurichtete Betrieb die Beamten mit übernehmen. Die Regie ist, daß man die Verstaatlichung nicht auf den einseitigen Betrieb nach erörtert werden, der Betrieb dadurch unrentabel wird, es muß mehr abgebaut werden, und so kommen dann sämtliche städtischen Betriebe zum Erliegen. Hier soll es, mit unangenehmer Absicht nicht nur für die Erhaltung, sondern für den weiteren Ausbau der Gemeindefortschritte.

◆ Verkehrsbetriebe ◆

Königsberg i. P. In zwei Verhandlungen des Straßenbahnerperipersonals sprach Kollege Meißner über den Zustand der freien Gewerkschaftsbewegung. Der Vortrag wurde von den städtischen anstehenden Straßenbahnern herzlich aufgenommen. Es zeigt sich immer mehr, daß die Straßenbahner zum freiwirtschaftlichen Bewußtsein haben, trotz der immer wieder gemachten Versuche des städtischen Verwaltungsrates der Straßenbahner, durch Aufrechterhaltung gewaltiger Verbote in die Straßenbahnerfreiheit hindern zu lassen. Der Stadtrat erlaubt beispielsweise keinen Anhangern auch heute noch, daß unter Verband gegen die Hebung des Straßenbahnerperipersonals aus dem Arbeiter in das Angestelltenverhältnis ist, obwohl nur schon vor Jahrzehnten an Hand von Schlichtungen öffentlich nachwies, daß das Gegenteil der Fall ist. Sowohl unter Verband als auch die uns betreuenden Stadtratsmitglieder treten dafür ein, daß ein tariflich zu verbindendes Anstellungsverhältnis für die Straßenbahner erreicht wird. Diese Bemühungen werden fortgesetzt, bis sie zu einem Ergebnis geführt haben. Daneben regelt aber unter Verband gegenwärtig die Arbeitsbedingungen der Straßenbahner im Reichs- und Ortsarbeitvertrags, während der „Gadenerbund“, da er nicht Tarifvertrag ist, die Hände in die Tasche legen hat und sich darauf behaupten muß, unumkehrbar zu unterstützen, damit er sein kümmerliches Leben noch einige Zeit führen kann. Auch die heute noch nicht in unseren Reihen stehenden Straßenbahner werden sich in der Zukunft befinden, daß nur eine abschließende Form der Straßenbahner in einer freien Gewerkschaft erreicht herbeizuführen vermag.

◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Konstanz. In der am 1. September abgehaltenen Versammlung vom 13. August gab der Geschäftsführer (L. Schmid) den Bericht über die Gewerkschaften in der Stadt Konstanz mit besonderer Berücksichtigung der Reichs- und Staatsarbeiter. Er sprach die schweren Kampf, die nicht überlebt werden müssen, um die Gewerkschaften zu erhalten und um die Arbeiter zu unterstützen. Auch in Konstanz, obwohl eine Verstaatlichung der Stadtwerke durch den Staat, die Arbeiter in der Hauptsache die Interessen der Gewerkschaften anerkennen. Es wäre nun zu wünschen, daß auch die Verstaatlichung der Staatsarbeiter endlich in der Zukunft mit denjenigen der Reichsarbeiter.

• Aus unserer Bewegung •

Dortmund. Am 12. August tagte die Jahreskonferenz der Hausmeister-Sektion unserer Zentrale im landwirtschaftlich schon gelegenen Volkshaus zu Wellingshofen. Die Konferenz war von 91 Kolleginnen und Kollegen besucht und nahm, wie alle Hausmeisterveranstaltungen der letzten Jahre, einen guten Verlauf. Nach der Begrüßungsrede des stellgen Rittsch erläuterte Kollege Weinauge den Jahresbericht der Sektionsleitung. Er schildert die unzulänglichen Einkommensverhältnisse, denen die Kollegen im Landfreie Dortmund und Hörde in den früheren Jahren unterworfen waren und betonte, daß wesentliche Fortschritte eingetreten sind, indem die Hausmeisterinnen und Hausmeister sich der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen haben. In der Inflationszeit waren die Berufs Kollegen immer nicht in der Lage, für das Monatslohn 1/2 Pfund Mehl und für die Wohnung, wogegen heute durchschnittlich pro Klasse und Monat 13 Mk. Entschädigung gezahlt wird. Dort, wo die Hausmeister das Baumaterial selbst stellen müssen, wird 2 Mk. pro Klasse und Monat dafür vergütet. Weiter wird ein Hausstands- und Kindergeld von 6 Mk. pro Monat gezahlt. In den Schulen, wo Vorkosten vorhanden sind, kommen zu diesen Sätzen noch 10 Prozent Zuschlag. Das sind jedoch nur die durchschnittlichen Sätze. In einzelnen Metern der beiden Landfreie wurden noch bessere Vereinbarungen erzielt, die bis zu 20 Mk. pro Klasse und Monat betragen. Es ist bedauerlich, daß es noch Hausmeister gibt, die zum Anschluß an die Organisation nicht zu bewegen sind, obwohl gerade dort die Vergütung pro Klasse und Monat nur 3-5 Mk. beträgt. Besonders erschwerend für unsere Arbeit ist die Tatsache, daß eine Anzahl Hausmeister ihre Berufstätigkeit als Nebenbeschäftigung betreiben. Mit diesem Zustande muß aufgeräumt werden. Unter Verband bemüht sich besonders um die Altersversorgung der Berufsangehörigen. Nachdem für die Beamten und für die Arbeiter der Gemeindeverwaltungen Pensions- oder Ruhegeldstellen geschaffen worden sind, verweigern die Verwaltungen den Hausmeistern, gleichartige Stellen einzurichten, oder sie bei den bestehenden Einrichtungen zu beschern. Der Verband wird alles tun, um das hier gesteckte Ziel zu erreichen. Im Berichtsjahre sind Regelungen getroffen worden, die für außerordentliche Renovierungsarbeiten in den Schulen eine besondere Vergütung für die einzelne Klasse oder deren Raum von 8 Mk. festlegen. Teilweise mußte für diese Regelung Klage beim Gericht erhoben werden, um zum Ziele zu gelangen. Für die in der Volkshausordnung befindlichen Kollegen konnte eine Erhöhung der Vergütung für Stellung von Vorkosten ermöglicht werden. In den Orten, wo unsere Arbeit erfolglos im Berichtsjahre gewesen ist, wurde uns in Aussicht gestellt, im kommenden Jahre bei den Ortsberatungen höhere Forderungen für die Hausmeisterentschädigung einzubringen. In der Ansprache, die dem Bericht folgte, wurde die Arbeit der Sektionsleitung uneingeschränkt anerkannt und der Wille zum Ausdruck gebracht, alles zu tun, um die noch fernstehenden Berufsangehörigen der Organisation zuzuführen. Nach einer Ansprache über die Erziehung einer Parteiparität wurde die dringend verlangte Konferenz von Sektionsleiter Rittsch geschlossen. Durch die Benennung der neu zu wählenden Berichtspräsidenten soll im nächsten Jahre die Kontaktarbeit geschaffen werden, die Jahreskonferenz mit einem größeren Fernverkehr zu verbinden.

Crimmitschau. In der Mitteldeutschen Versammlung am 22. Juli referierte Gauleiter Schwardt Leipzig über den neuen MWT der Gemeindearbeiter. Daran knüpfte er Erläuterungen der Ruhegeld- und Krankenversicherungsbedingungen. Kollege Lohmann gab dann den Stoffbericht über das weite Quartal. Der Vorkostenbestand betrug 57.963 Mk., der Mitgliederbestand 134.

Triberg (Schwarzwald). In der gut besuchten Versammlung am 15. August in Wellach waren vertreten die Jubilare Triberg, St. Georgen, Hornberg und Wolfach. Kollege Jäckle-Singel referierte über den MWT und den badiischen Ergänzungsgesetz. Er gab den Bericht über die Hauskonferenz in Freiburg. Die Ausarbeitung eines allgemeinen Zustimmung zu den Maßnahmen der Organisation. Die nächste Bezirksversammlung findet in St. Georgen statt.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Deutsche Metallarbeiterverband hielt vom 2. bis 7. August 1926 in Bremen seinen Jahreskongress. Wie Karl in Oberriß bereits der Aufbruchgedanke an Deutschland die Bevölkerung befruchteten hat, so haben die Auswirkungen des Vertreters des internationalen Metallarbeiterverbandes, Domes:

„Ich sehen aus diesem Bericht über die Situation in Deutschland, daß auf der Basis der neuen Verhältnisse, die Bestimmung des neuen deutschen Verbandes mit dem deutschen Verbande steht. Wir drei Länder, denen, die hier erschienen sind, haben uns heute schon entschlossen, eine gemeinsame Vertretung der Arbeiter in Deutschland.“

In seinem Schlussbericht leitete der Verbandsvorsitzende Domes an mit, daß der Deutsche Metallarbeiterverband in Zusammenarbeit mit dem Metallarbeiterverband beschließen hat. Zur Frage

der Festlegung des Achtstundentages erklärte Dörmann, daß das Arbeitsgesetz der deutschen Regierung so ausfallen wird, daß man zwar formal das Washingtoner Abkommen ratifiziert, daß man aber so viel Ausnahmen auf allen Gebieten in den Gesetztext mit hineinbringt, daß vom Achtstundentag nichts übrig bleibt. Dagegen wenden wir uns. Wir wollen keine Ratifizierung des Achtstundentages, wir wollen den reinen Achtstundentag und wollen nicht, daß er durch diese Gesetzgebung erneut verhandelt wird. Am 1. Oktober 1925 hatten wir 266 000 Hauptunterstützungsempfänger. Am 25. Februar 1926 2 591 000, am 15. Juni 1 718 000. Der Rückgang ist nur scheinbar; denn man muß alle die hinzugezählten, die ausgespart sind und die in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zur Sommerzeit Arbeit gefunden haben. Hierzu führte Dörmann aus:

Bei den zwei Millionen und mehr Arbeitlosen halte ich es für unmöglich, die Arbeitslosen mit Versicherungsbeiträgen zu unterstützen. Etchen im Monat nur 110 bis 120 Millionen für die gesamten Arbeitslosen zur Verfügung, dann kann man die Unterstützung nicht nach der Höhe des Lebens und des Gehalts geben, sondern muß zunächst allen Erwerbslosen wenigstens ein Existenzminimum gegeben werden, das sie nicht mit ihren Familien wirtschaftlich verkaufen. (Stimmannahme). Wir haben ausgerechnet, daß ein jährlicher Aufwand von 1000 bis 1200 Millionen Mark erforderlich ist, um 2 000 000 Erwerbslose nur ein Jahr lang abzusichern mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Es ist uns nämlich dreimal lieber, daß die Erwerbslosen mit nutzlosartigen nützlichen Arbeiten beschäftigt werden, als daß sie auf der Straße liegen und nur die Erwerbslosenunterstützung beziehen.

Wie stark die Finanzkraft des Verbandes durch die Erwerbslosigkeit und die Strafen in Anspruch genommen wurde, zeigte der Verbandskassierer Schäfer. Er erklärte, daß der Verband vom Dezember 1925 bis zum Juni 1926 jeden Monat drei Millionen Mark ausgezahlt habe. Außerdem konnte festgestellt werden, daß sich das Verbandsvermögen auf 3,5 Millionen Mark erhöht hat. Zum Geschäftsbericht wurde eine Resolution angenommen, die unter anderem verlangt:

1. eine umfassende Unterstützung, die allen arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern für die volle Dauer ihrer Erwerbslosigkeit eine Erhaltung gewährt;
2. eine Kurzarbeitsunterstützung für jeden ausgeschlossenen Arbeitstag in Höhe der Tage, die der einzelne bei Vollverdienst hätte beziehen würde;
3. umfassende Maßnahmen, um der Krise entgegenzutreten und die Erwerbslosen in Arbeit zu bringen, sowie bestmögliche Zurückzahlung des am 28. Juni d. J. vom Reichstag angenommenen Arbeitsbeschäftigungsprogramms.

Eine weitere Resolution zur Frauenfrage stellte fest, daß durch die Spezialisierung der Arbeitstätigkeiten (Näherarbeiten) viele gelernte Arbeiter (Mechaniker) durch ungelernete Frauen verdrängt worden sind. Die Resolution verlangt nun, daß diesen Frauen der gleiche Lohn wie den Männern gezahlt wird. Eine dritte Resolution verlangt Änderung des § 70 BGG, nach der Klage, daß den Arbeitern Vergütungen in den Vorständen der Trusts mit Sitz und Stimme gewährt werden. Es folgten dann hochinteressante Referate des Regierungsbaumeisters a. D. Schäfer über „Hilmsitzungen in der Eisen- und Metallindustrie“ und des Staatssekretärs a. D. Professor Rittsch über „Europas Arbeit und Deutschlands Wirtschaft“. Im Entschlußungen zu diesen Referaten beauftragte der Verbandstag sein Einverständnis mit den Vortragenden. Der zweite Verbandsvorsitzende Reichel referierte dann über den 11. Internationalen Metallarbeiterkongress 1927 in Paris. Er ging bei dieser Gelegenheit auch auf die Bestrebungen nach internationaler Gewerkschaftseinheit ein, wie sie die Kommunisten verfolgen, die nicht einmal ernst gemeint seien, wie aus einer Rede von Sinowjew vom 20. Februar 1926 hervorgeht. Als Vorsitzende wurden wiedergewählt: Brandes, Dörmann und Reichel, als Kassierer Schäfer und Scholt, als Sekretäre Buse, Handke, Schlieffed, Löffel, als Redakteure Kummer und Hase.

• Rundschau •

Ernst Mehlisch †

Unter den Toten des verunglückten Kölner 10-Jügers befand sich auch Ernst Mehlisch. Wenige Stunden zuvor hatte er noch im Reichsarbeitsministerium konferiert. In wenigen Tagen sollte er als Schlichter in dem Lohnstreit zwischen Bergarbeitern und Jochenherrs vermittelt oder entscheiden. Nicht nur die westdeutsche Arbeiterbewegung, sondern das ganze wirtschaftliche Leben unseres Landes verlor in Mehlisch einen seiner besten Köpfe. Geboren am 14. März 1882 zu Gilsnich in Oberrißlen befand er die Volksschule und erlernte später das Buchdruckerhandwerk. Als Buchdrucker wanderte er durch die Schweiz, Württemberg und Baden nach Weiskel, das seine zweite Heimat werden sollte. Schon in früher Jugend kam er mit den sozialistischen Ideen in Berührung. 1907 trat er in die Redaktion des „Arbeiter-Weltblatt“ ein und wirkte dort bis 1910. In diesem Jahre kam er nach Dortmund, wo er bis zum Ausbruch der Revolution Redakteur der „Arbeiter Allgemeinen Arbeiterzeitung“ war. Der Dortmunder Arbeiter-

ordnenungsverammlung gehörte er von 1919 bis Mai 1924 an. Welchen Wert man dort auf seine Tätigkeit legte, beweist der Umstand, daß Mehlisch sofort nach seinem Eintritt in das Dortmunder Stadtparlament zum Vorsteher gewählt wurde. Als 1919 Severing nach Dortmund kam, um als Reichs- und Staatskommissar in diesen stürmischen und schwierigen Zeiten in Arbeitsstreitigkeiten und Kämpfen als Schlichter zu wirken, wurde Mehlisch dessen rechte Hand um später — als Severing preussischer Innenminister wurde — dieses Amt leitend zu übernehmen. So wie von Severing kann man auch von Mehlisch sagen: „Von der Partei in Günst und Haf verwirrt, schwankt kein Charakterbild in der Geschichte. Aber weder die wildsten und erbittertesten Anwürfe eines sinnlosen Radikalismus noch die zähen verbissenen Farnübrungsbeschreibungen der Industrie haben diesen offenen und aufrichtigen Menschen von seinem geraden Wege abgebracht. Er zwang raube und gefühllose Verhältnisse Mehlisch zu Entscheidungen, die keinem weniger gefielen als ihm selbst. Weit über jedoch hielt er mit ruhigem Verstand und gesundem Verstand wie eine schützende Hand das Schlimmste von der Arbeiterkraft fern. Besonders wir Gemeindeführer im Industriegebiet fanden mit den Eigenarten unserer Interessen in Ernst Mehlisch immer einen warmen Freund. Mehr als einmal hat er von dem „Miffant“ gesprochen, kommunale Betriebe den Interessen eines privatwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes unterzuordnen. Er war ein Gegner des privaten Sonderarbeitsvertrages für die G. W. C. Werte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Er hat er diese Meinung zum Ausdruck gebracht und immer wieder betont, daß der Zeitpunkt kommen müsse, an dem alle kommunalen Betriebe unter den Gemeindeführerarbeitsvertrag fallen.“

Wenige Tage vor seinem Tode wurde er noch gebeten im Lohnstreit bei den Autobuslinien des Industriegebietes den Vorschlag unserer Schlichtsstelle zu übernehmen. Am 26. August sollte die Schlichtsstelle tagen. Nun hat ein tragisches Geschick dem Vierundvierzigjährigen ein Ende bereitet. Mehlisch lebt nicht mehr. Die Geschichte wird von ihm erzählt müssen, daß er einer der Männer war, die für ihr Volk die undankbarste und schwerste Bürde Arbeit trugen. R. V.

Das Menschliche im Sozialen. Ist das Soziale stets menschlich? Fast scheint es so. Denken wir doch bei dem Begriffe vom Sozialen immer an Menschenrecht und würdige menschliche Behandlung. Und doch ist eine soziale Tat nicht stets auch menschlich. Es kann eine Handlung äußerlich sozial sein, ohne die soziale Seele, weil sie ohne die menschliche Seele ist. — Auch das ist eine Folge der wirtschaftlichen Umwälzung, in der die Menschheit jetzt steht. Noch vor wenigen Jahrhunderten war es anders. Da waren in der „Brüderlichkeit“, in der die Berufs-kollegen zusammengeschlossen waren, die Brüder verpflichtet, abwechselnd bei einem kranken Kollegen zu wachen. Heute gibt man ihn in ein Krankenhaus und besucht ihn hin und wieder. Und während es, so bemerkt Kropotkin, in einem wilden Lande, bei den Hottentotten, eine Schande wäre, zu essen, ohne dreimal laut gerufen zu haben, ob nicht jemand da sei, der das Mal zu teilen wünsche, besteht jetzt alles, was der achtbare Bürger zu tun hat, darin, seine Armensteuer zu zahlen und den Hungernden hungern zu lassen. — Die Maschine, die Massen in die Arbeitsjale und Werkstätten zusammenführt, die Massen in Städten auf engen Raum zusammenzwängt, die Massen ringen und sorgen läßt um das bescheidenste Dasein, diese Maschine, diese Wirtschaftsart hat dem Leben das Persönliche, das Menschliche, die Seele genommen, die Verbindung zwischen dem Du und dem Ich. Der Mensch hat keine Zeit mehr, menschlich zu sein. Darum gibt es Einrichtungen, Institute, Behörden, die das Soziale dem einzelnen abgenommen haben und es nun berufsmäßig erledigen. — Darin liegt gewiß auch ein Gutes. Wenn der Kranke im hygienisch einwandfreien Krankenzimmer in ständiger ärztlicher Überwachung liegt, so ist das gesundheitlich besser, als wenn er von Brüdern in einem engen, gar nicht für Krankenzwecke eingerichteten Räume behält wird. — Aber doch hatte jenes alte Verhältnis etwas so Schönes, etwas so Menschliches, und das ist das Traurige und das für unsere Wirtschaftsordnung so Bezeichnende, daß diesem unserem modernen sozialen Leben dieses Menschliche in so erschreckendem Maße genommen ist. — Es ist eine Erscheinung, die aus unserer Wirtschaftsart der Maschine und des Profits und der Massenarbeit und des wirtschaftlichen Existenzkampfes der Arbeitenden begründet ist, die jedoch überwunden werden muß, wie die wirtschaftliche Ordnung selber. — Dazu gehört, diese innere Leere des heute Sozialen zu erkennen und das Menschliche wieder hineinzugetragen, wo es geht und so gut es geht. — Das gilt auch für den Gewerkschaftskampf. Die gewerkschaftliche Organisation hat noch kapitalistischen Ausdruck, wenn sie dem Mitgliede nur eine Einrichtung ist, auf die er das Verlangen nach Recht abwaht in dem Glauben, damit des Sozialen und der eigenen Tat ent-

schoben zu sein. Die gewerkschaftliche Organisation steht ihren Mann. Doch hat auch jeder einzelne neben der Beitragszahlung noch menschliche Pflichten gegen seinen Verband, Pflichten, die er nicht übertragen kann, weil sie ureigen, persönlich sind, in der Seele wurzeln. Und diese Pflichten sind Treue, wahre Kameradschaft, die freudig zum Opfer bereit ist, wenn das soziale Recht es verlangt. Menschenwürde muß über allem Kämpfen leuchten, die ja doch auch das höchste Ziel alles wirtschaftlichen Ringens und Strebens ist. Was wollen wir denn letzten Endes anderes, als daß menschlich das Leben sei? Und darum wollen wir Brüder sein heute schon, organisatorisch hinausgewachsen aus der alten Verbandsart in die Kampfart unserer Zeit, aber innerlich durchdrungen von jenem echten menschlichen Geiste, der in den Bruderschaften vergangener Jahrhunderte so innerlich erhebend und schön in die Erscheinung getreten ist.

Die Einziehung der Rentenbankscheine zu 1 und 2 Rentenmark mit dem Auslieferungsdatum vom 1. November 1923 wird von der Deutschen Rentenbank öffentlich bekanntgegeben. Die Umlaufzeit erlischt am 30. September 1926. Vom 1. Oktober bis 15. Dezember 1926 können sie nur noch bei der Reichsbank gegen andere Rentenbankscheine oder geeignete Zahlungsmittel ingetauscht werden. Nach dem 15. Dezember 1926 sind sie vollständig wertlos. — Diese Mitteilung ist auch für unsere Mitgließer von Wichtigkeit, die diese Scheine rechtzeitig ausgeben oder umtauschen müssen, weil nach dem 30. September 1926 unsere Hauptkasse sie auch nicht mehr in Zahlung nehmen kann.

Verbot der Sonntagsarbeit in den Konditorien. Die haren Bestimmungen in der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditorien vom 23. November 1918, die jede Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen verbieten, wollen einigen Richtern aus der alten Schule nicht einleuchten. Immer wieder werden Gerichtsurteile gefällt, wonach Gelegenheitsarbeiter freigesprochen werden. Obwohl die gewerkschaftliche Organisation der Gehilfen, der Deutsche Nahrungs- und Genussmittlarbeiterverband, sich wiederholt über diese Sonntag- und Feiertagsarbeit an das Reichsjustizministerium wandte und auch von dort des öftern die Staatsanwälte angewiesen wurden, gegen solche freisprechende Urteile Berufung einzulegen, finden sich immer wieder Richter, die diese Arbeiterschutzbestimmungen sabotieren. Man braucht sich daher nicht wundern, wenn die Sonntagsarbeit in den Konditorien immer mehr um sich greift. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Herstellung von Leckerartikeln, wie Eis, Creme und Schokolade, besteht in dieser Zeit der großen Not in weiten Kreisen wirklich nicht. Auch das Konditoriengewerbe kann keine wirtschaftliche Schädigung durch das Verbot der Sonntagsarbeit nachweisen. Im Gegenteil, allgemein muß wahrgenommen werden, daß sich in der Nachkriegszeit die Konditorien fast allgemein zu luxuriös ausgestatteten Cafés umstellten und bedeutende Kapitalien bei solchen Unbauten aufwendeten. Das Vorgehen der Unternehmer entspringt lediglich den Profitinteressen. Sie schrecken dabei nicht zurück, die Gehilfenschaft wieder in die sieben-tägige Arbeitswoche zu packen. Ganz besonders aber muß den Richtern, die nur im Interesse der Unternehmer die freisprechenden Urteile fällen, gesagt werden, daß sie nicht dazu beitragen, die Arbeiterschutzgesetzte zu respektieren.

Verbundenheit. Im Alltagsleben hat der Mensch sein allgemeines bekanntes Gesichtsfeld. Es ist eng an umschließenden Räume und in Straßen, weiter draußen auf freiem Felde. Doch eng ist es auch da noch. Will der Mensch einen weiteren Blick gewinnen, so bestiegt er Berg oder Turm. Da haben wir uns wohl alle schon einmal an einem wunderbaren Panorama erfreut. Der moderne Mensch aber hat auch Ringzeuge und Luftschiffe geschaffen, mit denen er ganz bedeutende Höhen erreichen kann. Aber es genügen schon 100 Meter Höhe, um eine gewaltige Fläche überblicken zu lassen, nämlich eine Fläche von rund 4000 Quadratmetern, und aus 400 Metern erblickt man eine Fläche, die mit ihren 140000 Quadratmetern fast so groß wie der Freistaat Sachsen ist. Es ist der Fortschritt der Technik, der heute heute möglich machte, der Reichtum der Technik, die durch Arbeit und Schaffen von vielen und unermüdliches Aneinanderarbeiten möglich wurde. Zusammenwirken ist der große Wert, der Entwicklung bringt, bei den Menschen wie bei den Tieren. Zwar haben die Tiere nicht die geistige Kraft, die Technik schafft, aber dennoch gibt auch ihnen Zusammenwirken praktisch den gleichen Erfolg für ihre Lebenszwecke. Wenn ein Trupp Adler sich gemeinsam zum Fluge erhebt, dann vermögen diese Adler, der eine hier, der andere dort kreisend, gemeinsam ein Gebiet von vielen Quadratmetern zu überfliegen. Und sie fliegen auch in der Freiheit, brauchen zum gemeinsamen Fluge auf, und wenn ein Adler heute gefunden in seinem Beirte, dann nehmen die anderen an diesem Fluge teil. Nur Gemeinshaft ist die vorwärtstreibende Kraft. Zusammenwirken gibt einen Erfolg, der einem einzelnen einfach unmöglich wäre.

Verlag: Die Gewerkschaften, Verlag des Gewerkschaftsbundes der Arbeiter, 7, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

Reich, Richard, Taschenbuch der Sozialversicherung, 8. Auflage. In dauerhaftem Ganzleinenband. 430 Seiten. Taschenformat. Auf halbfreiem, zähem Papier. Mit auswechselbarem Anhang. Preis 5,80 Mk. Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstr. 7.

Der Vorzug der von dem bekannten Verlag für Wirtschaft und Verkehr herausgegebenen Taschenbücher besteht neben ihrem reichhaltigen Inhalt und ihrer übersichtlichen Anordnung darin, daß Gesetzesänderungen in von Zeit zu Zeit erscheinenden Zahlenanhangen aufgenommen werden, so daß die Bücher, ohne die Anschaffung einer neuen Auflage notwendig zu machen, immer auf dem laufenden sind. Ein solcher Zahlenanhang ist soeben zu dem „Taschenbuch der Sozialversicherung“ erschienen. Er enthält die einschneidenden Änderungen dieses wichtigen Rechtsgebietes, die der Reichstag in seiner letzten Sitzungsperiode beschlossen hat, vor allem auch die neue Fassung des Knappschaftsgesetzes. Der Zahlenanhang allein kostet 1,25 Mk. Bezüglich der neuen 8. Auflage des Taschenbuchs, die gegenüber den ersten fünf Auflagen beträchtlich erweitert worden ist, wird der Zahlenanhang kostenlos mitgeliefert.

Soziale Bauwirtschaft. Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 0,50 Mk. — Nummer 16 der „Sozialen Bauwirtschaft“ behandelt an leitender Stelle die Tätigkeit der Poliere in den sozialen Baubetrieben, ihre Herkunft, ihre Aufgaben, ihr Verhältnis zu den Arbeitern und den Streit um die Organisationsfrage. Ein zweiter Artikel enthält das Ergebnis einer Umfrage des Verbandes sozialer Baubetriebe über die Hilfe der Poliere bei Einführung einer wirtschaftlichen Betriebsführung in den sozialen Baubetrieben. Neben Berichten aus der Bauhüttenbewegung finden wir ferner darin wichtige wirtschaftliche Notizen. Scharf wird gegen die Unerschämtheit einer privaten Malerfirma Stellung genommen, die eine Bauhütte auf Erstattung eines Gehaltes in Höhe von 30 bis 53% Proz. verklagt hat, weil sie von der Bauhütte eine bestimmte Arbeit nicht bekam. Erwähnenswert ist auch die Feststellung des Verbandes sozialer Baubetriebe, daß die Bauhüttenpreise, die seit Monaten eine sinkende Tendenz aufweisen, im letzten Monat unter dem Einfluß einer besseren Bauaktivität bereits wieder zu steigen beginnen.

„**Fachblatt der Maler**“, 7/2. Jahrgang. Vornehmes, gelegenes, auf einen kultivierten Geschmack dringendes Kunstwerk, in seinem Inhalt sachlich wie auch drucktechnisch eine Leistung; Kunstwertbeilagen von unerreichter Feinheit der Darstellung und hohem Gebrauchswert, das sind die besonderen Vorzüge, die das „Fachblatt der Maler“ schon immer auszeichnet. Bei der hohen Bedeutung des Fachblattes sollte es keinen vorwärtsstrebenden Maler geben, der nicht Leser des „Fachblattes der Maler“ ist. — Jährlich 12 Hefte. Preis Quartat 4,50 Mk. Auf Wunsch gibt der Verlag kostenfreie Probehefte ab.

Kulturwille, Nr. 8: Gesellschaftskritik durch Wit und Satire. Preis der Einzelnummer 20 Pf. Jahresabonnement 2,40 Mk., Halbjahresabonnement 1,20 Mk. Probehefte gratis durch den Verlag: Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braufl. 17. — Aus der Fülle der wertvollen Beiträge seien hervorgehoben: Erich Belmer: Politische Satire; Hans Bauer: Philosophie des Rächerischen; Meyring: Der Epischerbiologe; Hans Rothe: Däumler. Ergänzt werden diese theoretisierenden Artikel durch charakteristische Beispiele aus der politisch-satirischen Literatur: Lotter, Mühsam, Winert, Gajset, Hans Thoma, Roda Roda. Außerdem sind in dieser Nummer einige der besten Blätter von den Meistern der Satire, Däumler, Bille, George Grosz wiedergegeben. — Ortsvereine und Bildungsvereine sollten bei dem niedrigen Preis von 20 Pf. (bei Mehrabnahme Rabatt) einige Exemplare für ihre Funktionäre beziehen.

Gewerkschafts-Kreis. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwarg, Jena. Juli- und Augustheft 1926. Verlag: Karl Zwarg, Verlagsbuchhandlung, Jena, Et.-Jakob-Str. 36. Vierteljahresabonnement 3,60 Mk. — Jede Hefte bringen wieder eine Anzahl überaus interessanter Aufsätze aus der Feder von in der Gewerkschaftsbewegung bestaunten Autoren. Dazu die reichhaltigen Uebersichten über gewerkschaftliche Stoffgebiete, Buchbesprechungen und die gewerkschaftliche Bibliographie. Das G.-K. bringt ständig gutes Material zu allen Fragen, die die Gewerkschaftsbewegung betreffen.

Wirtschafts-Informationen-Dienst. Schriftleitung Kurt Feindt, Berlin. Juliheft 1926. Verlag Karl Zwarg, Verlagsbuchhandlung, Jena. Monatlich ein Heft. Vierteljahresabonnement 2 Mk. — Im Juliheft wird versucht, durch einen „zweiten Blick“ in das Getriebe des Bilanzwesens unserer Privatwirtschaft einzudringen. Vermögensbilanz, Erfolgsbilanz, Bilanzwerte, Anlagevermögen, Betriebsvermögen, Verrechnungsposten, Eigenkapital, Fremdkapital — um nur einiges durch Stichworte zu benennen — sind die Gruppen der Privatwirtschaft, die in dem vorliegenden Juliheft untersucht und erläutert werden. Wer die sozialistische Wirtschaft anstrebt, muß zunächst unsere heutige Privatwirtschaft in ihren inneren und äußeren Grundprinzipien kennen. Für Betriebsräte, die ihre gewerkschaftliche Funktion wirklich erfüllen wollen, ist es eine unbedingte Notwendigkeit, sich in unserer heutigen Privatwirtschaft, die sich den Arbeitern vielfach als eine Art „Geheimwissenschaft“ präsentiert, auszukennen. Der W.-I.-Dienst ist eine ideale und einseitige Quelle der Belehrung für

unsere Betriebsräte, um in die „Geheimnisse“ unserer jetzigen Privatwirtschaft einzudringen. Betriebsräte, die diese belehrenden Hefte noch nicht beziehen, sollten sich vom Verlag eine Probehefte zur Einsicht vorlegen lassen.

Preis im Einzelheft. Von Hans Otto Genet: 17 Liebes- und Lebensläufe. Preis 1,50 Mk. Verbands-Verlag G. m. b. H., Leipzig B 33, Börsener Str. 15.

◆ **Kleine Verbandsnachrichten** ◆

Ein Schwindler. In mehreren Filialen des Wirtschaftsbezirks Brandenburg tauchte kürzlich ein Emil Schulze auf, unter Vorzeigung eines Mitgliedsbuches unseres Verbandes. Das Mitgliedsbuch ist angeblich von der Filiale Berlin ausgestellt. Die aufgedruckte Buchnummer ist durchstrichen und mit Tinte die neue Nr. 382 148 übergeschrieben. Der Ortsverwaltung Berlin ist kein Mitglied dieses Namens unter dieser Buchnummer bekannt. Die Filialkassierer seien gewarnt.

Verlorengegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 600 812 des Kollegen Gustav Osuch, Forst l. U.; ferner das Mitgliedsbuch Nr. 295 764 des Kollegen Egid Berner, Würzburg. Bei Austausch sind diese Mitgliedsbücher anzuhalten und dem Verbandsvorstand einzuliefern.

Ausgeschlossen aus dem Verbände sind auf Beschluß der Filiale Ebing die Arbeiter Bieft und Bodmer.

Sonderangebot!

Romane von Anatole France

Thais. Roman. Uebersetzt von Felix Vogt. 223 S.

Die Bratküche zur Königin Pedauque. Roman. Uebersetzt von Paul Wiegler. 314 S.

Komödiantengeschichte. Roman. Uebersetzt von Heinrich Mann. 215 S.

Auf dem weißen Felsen. Roman. Uebersetzt von Gertrud Piper. 205 S.

Die Götter dürsten. Roman. Uebersetzt von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski. 320 S.

Der Aufruhr der Engel. Roman. Uebersetzt von Rudolf Leonhard. 327 S.

Peter Nozière. Roman. Autorisierte Uebersetzung von Beatrice Sacks. 259 S.

Die Schnucht des Johann Servien. Roman. Uebersetzung v. Beatrice Sacks. 183 S.

Clio. Historische Miniaturen. Uebersetzt von Wilhelm Stein. 126 S. **Balthasar.** Novellen. Uebersetzt von F. Gräfin zu Reventlow. 209 S.

Die Perlmutterdose. Novellen. Herausgegeben von Otto M. Mittler. 199 S.

Der Brunnen von Santa Clara. Novellen. Uebersetzt von Beatrice Sacks. 249 S.

Blaubarts sieben Frauen. Novellen. Uebersetzt von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. 204 S. **Die Erzählungen des Jaques Tournebroke.** Uebersetzt von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. 112 S.

Die Romane der Gegenwart. Ein Zyklus von vier Romanen. Uebersetzt von Irene von Guttry.

Die Ulme am Wall. Roman. 226 S.

Die Proberuppe. Roman. 225 S.

Der Amethystring. Roman. 271 S.

Professor Bergeret in Paris. Roman. 259 S.

Preis RM. 2,50 für das in Halblein gebundene Exemplar.

Abteilung Bücher und Schriften **BERLIN SO 33**

Schlesische Straße 42

OPEL

JEDEN SONNTAG NEUE SIEGE!

Arcona-Räder

Hundert I., II. und III. Preise
Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!
Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!
100 000 km im Gebrauch!

Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den längsten u. schwierigsten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**
Verlangen Sie Katalog gratis und franko

Ernst Machnow BERLIN C 64
Weinmeisterstr. 14

Reklamepreis nur 4 Mk.

echt deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 52 stark verschall. u. 30 stündiges Werk, genau repariert, lackiert... nur 4,90 Mk.
 Nr. 53 ebenfalls mit Scherwin... nur 4,50 Mk.
 Nr. 51 dies. sehr verschl. u. Goldrand u. Scherwin... nur 5,00 Mk.
 Nr. 55 ebenfalls mit besserem Werk... nur 6,50 Mk.
 Nr. 58 mit Sprungl., ganz verschl. ... nur 12,00 Mk.
 Nr. 59 Damenuhr, verschl., mit Goldrand... nur 7,50 Mk.
 Nr. 79 ebenfalls, kleines Format... nur 10,00 Mk.
 Nr. 81 ebenfalls, sehr Silber, 18 Stein... nur 20,00 Mk.
 Metall-Uhrkapseln... nur 0,25 Mk.
 Fingerringe, versetzt 0,50 Mk., sehr verschl. ... nur 1,50 Mk.
 sehr verschl. 2,00 Mk. Gold-Uhrkapseln... nur 5,00 Mk.
 Nr. 47 Armbrustuhr mit Kissen... nur 6,00 Mk.
 Nr. 44 ebenfalls, vierstige Form mit besserem Werk... nur 12,00 Mk.
 Wecker, prima Messingwerk... nur 3,50 Mk.

Uhrm.-Messe Berlin 27. u. 28. Sommer Str. 8

Günstige Teilzahlung zu Kassapreisen
in Herren- und Damenbekleidung

Enorm billig! Sehr große Auswahl!
Jackett-Anzüge • Schlüpfen • Gabardine-Mäntel
Regenmäntel • Hosen (F)

alles in bester Verarbeitung
Lipkowitz & Co. Kommand.-Ges., Berlin, Münzstraße 18¹ an der Kaserne
Spezialhaus für gute Herren- und Damenbekleidung.

PREISAUSSCHREIBEN

URANIA

Monatshefte f. Naturerkenntnis u. Gesellschaftslehre
Vierteljährl. 3 Hefte m. brosch. Buchbeig. Ausg. A 1,60
m. in Ganzl. geb. B 2,25

Prämien im Werte von 1000 Mark in bar und Bücherpreisen

Verlangen Sie noch heute Gratis-Exemplar der neuesten Veröffentlichung (Hef 11) u. Werbematerial, damit Sie sich über Näheres informieren können.

URANIA-VERLAGSGESELLSCHAFT M.B.H.

JENA, SPITZWEIDENWEG 7/9

Westerland

ist das **Bequeme Reiseziel**
Milde Nordseebad **Mäßige Preise.**

Man verlange Prospekte in den Reisebüros oder durch die Badeverwaltung. (F)

Spottbillig, weil Riesen-Umsatz

MÖBEL-Wichert

Berlin, Eisässer Strasse 20 (F)

In zweiter Auflage neu erschienen!

Aufsätze zur Einführung in die Psychologie
Von W. Lukas, Essen

Sammelweis
Eine österreichische Geschichte
Von A. von Berger

Preis 0,75 Mark, für Verbandsmitglieder 0,40 Mark

Abteilung Bücher und Schriften / Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 (F)

Soeben erschien das große Kassettenwerk:

Berliner Geschichten und Bilder

Vier Bände in Großquart-Format (19 1/2 x 26 cm) auf bestem holzfreien Papier gedruckt, jeder Band in Ganzleinen (mit Goldpressung) gebunden, in gemeinsamer Kasette vereinigt, mit etwa 100 Seiten Text und 550 Bildern im Offset- und Kupfertiefdruckverfahren von

Heinrich Zille / George Grosz / Käthe Kollwitz

Preis der Kasette: Mk. 38,—

Inhalt der Kasette: Erster Band: H. Zille, Berliner Geschichten und Bilder / Zweiter Band: H. Zille, Zwischen Spree und Panke / Dritter Band: George Grosz, Spießer-Spiegel / Vierter Band: Das Käthe Kollwitz-Werk.

Die Bände sind auch einzeln lieferbar und kosten Band I Mk. 8,—; Band II Mk. 10,—; Band III Mk. 13,—; Band IV Mk. 7,—. (F)

Zu beziehen durch
Abteilung Bücher und Schriften
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42